

Sozialdemokratischer Pressedienst

Empfänger und Expedition:
Graf Göttinghaus, Berlin.
Telegraph: Amt Berlin 4195/4196



Abgabe für Verlag und Verbreitung:
Berlin G 2 61, Tele. Wilhelms-Platz 6
Telegraph: Copeland

Die Darstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur ein Auszug aus dem Gesamtwerk. Das Gesamtwerk ist in 10 Bänden erschienen, von denen die ersten 9 Bände in der Reihe 'Die Sozialdemokratie' erschienen sind.

Berlin, den 27. Okt. 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Wer ist schuld?

Die Parteien oder ihre Gegner?

SPD. Man behauptet und viele glauben es: "die" Parteien hätten Deutschland zugrunde gerichtet. Das ist ein einfaches Schlagwort, das sich leicht einprägt. Trotzdem und gerade deshalb: es ist falsch, wenigstens in seiner Verallgemeinerung. Alle paar Monate wird irgend ein anderer Grund als die einzige und wahre Ursache aller Sorgen erklärt. Ein paar Jahre hindurch wurde die Wirtschaftskrise als Folge überhöhter Löhne bezeichnet. Man baute die Löhne ab. Erst sehr langsam dämmert es jetzt: je niedriger die Löhne sind, umso schärfer ist die Krise. Dann galt der "Marxismus" lange Zeit als der wahre Schuldige an allem. Nun sind die Parteien dran, und zwar nicht nur die Linksparteien, die "marxistischen" Parteien, sondern alle Parteien. Es wird mit den Parteien gehen, wie mit den Löhnen: je mehr sie abgebaut und geschwächt werden, umso schwächer wird der Staat und alle Autorität.

Ein naiver Fehler, der in weiten Kreisen gemacht wird, besteht darin, die Parteien nach ihrem Wohlverhalten zu beurteilen. Die Politik ist keine Klippschule, in der man sich eine gute Zensur durch kindlich-gesittetes Betragen erringen müsste. In den Parteien lebt das Volk, leben die Ideen, die Interessen, die Zukunft und die Vergangenheit des Volkes. Alles das muss nach innen und aussen ringen, kämpfen. Der einzige Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur besteht in dieser Hinsicht darin, dass in der Demokratie dieser Kampf in der Öffentlichkeit stattfindet, während er in der Diktatur in der Dunkelkammer vor sich geht. Der öffentliche Kampf ist kontrollierbar, der geheime Kampf endet in Korruption.

Will man die Frage beantworten, inwieweit die Parteien für den Verlauf der Geschichte von 1918 - 1932 verantwortlich sind, so muss man ganz scharf scheiden zwischen den verantwortlichen Parteien, den Weimarer Parteien und den Oppositionsparteien. Die Weimarer Parteien haben seit der Nationalversammlung Staat, Reich und Republik nie im Stich gelassen. Sie haben nie die Verantwortung gescheut, sind stets in die Bresche gesprungen, wenn es notwendig war. Das soll nicht heissen, dass sie nie Fehler gemacht hätten. Wer wollte sich vermessen zu behaupten, er habe in diesen Jahren immer alles stets gleich richtig gewusst, richtig erkannt usw. Politik überhaupt und besonders Politik nach dem grossen Weltkrieg ist stets eine Nebelfahrt zu unbekannten Ufern. So ist zum Beispiel im Reichstag sehr oft die Frage geprüft worden, welche Beschränkungen sich das Parlament selbst auferlegen müsse, in der Entscheidung über Finanzfragen. Der frühere Reichstagspräsident Löbe hat diese Dinge immer wieder angeregt. An Verantwortungsbewusstsein, Treue zu Staat und Volk hat es nie gefehlt. Eher ist es erlaubt zu sagen: die Linke hat zu viel und zu lange Verantwortungsfreude gezeigt.

Völlig anders liegen die Dinge mit den Oppositionsparteien. Sie handelten fast stets unverantwortlich, im doppelten Sinne des Wortes. Sie haben stets

nur Zerstörungsarbeit geleistet, nie sich dem Staat geopfert. Das beginnt mit der Deutschen Volkspartei, die zwar zeitweise in der Regierung, aber dort stets der Störenfried war. Sie hat immer die vorhandenen Mehrheiten zertrümmert. Zwei Drittel der Regierungskrisen im Reich sind von der Deutschen Volkspartei oder der Wirtschaftspartei veranlasst. Sie haben sich in der Unverantwortlichkeit dabei auch selbst gemordet und nur für Hitler und Thälmann gearbeitet. Von den Nationalsozialisten selbst braucht man dabei gar nicht zu reden. Sie rühmen sich ja stets ausgezogen zu sein, um das "System" zu zerbrechen.

Geradezu witzig ist es, von diesen verantwortungslosen Oppositionsparteien jetzt zu hören, der Reichstag habe versagt, und deshalb müsse jetzt ein Oberhaus zur Kontrolle des Reichstags gebildet werden. Ein solches Oberhaus würde überwiegend Leute umfassen, die jetzt deutschnational, volksparteilich oder nationalsozialistisch sind. Diese Gruppen, die alles aufgewandt haben, um Reichstag und Verfassung zu zerstören, sollen nun zur Belohnung in dem Oberhaus den Reichstag teils ersetzen, teils beaufsichtigen! Das heisst die Eisenbahnattentäter zur Eisenbahnkriminalpolizei zu machen, um einen ganz zeitgemässen Vergleich anzuwenden.

Wenn schlechtweg gesagt wird: "die Parteien" hätten Deutschlands Unglück verschuldet!, so ist das für die Parteien, die wirklich regiert haben, völlig falsch. Es trifft zu für die Parteien, die jetzt zu den "aufbauwilligen" Kräften gehören und sich anschicken, den Staat zu beherrschen. Woraus man ersehen kann, dass die politischen Sünder, ja man kann manchmal sagen: die Verbrecher, belohnt werden sollen. Der Kampf gegen "die" Parteien richtet sich im Grunde nur gegen die Linksparteien. Durch den angeblichen Kampf gegen die Parteiherrschaft sollen besonders die Arbeitnehmer ihrer Rechte und Freiheiten beraubt werden. Ja man erhofft von ihnen, dass sie sich selber ihrer Erstgeburtrechte begeben, damit die Adligen und ihre Handlanger sich segnen können.

Deutschlands schwere Zeit ist nicht von den verantwortungsbewussten Parteien verschuldet. Der Schuldige ist der Weltkrieg. Für diesen Krieg sind die Gruppen allein verantwortlich, die heute als die "aufbauwilligen", die "autoritären" gelten.

Anton Erkelenz.

SPD. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat dieser Tage vor der Presse ironisch bemerkt, dass er nicht so bescheiden sei wie die Reichsregierung und durch das Urteil des Staatsgerichtshofes keineswegs so befriedigt sei, wie die Herren Papen und Bracht zu sein vorgeben. In Wirklichkeit ist die Selbstzufriedenheit, die in den Kreisen der Barone zur Schau getragen wird nur aus propagandistischen Gründen vorgetäuscht. In ausländischen Kreisen ist man sogar so "respektlos", den unmittelbar nach der Verkündung des Urteils von der Reichskanzlei herausgegebenen Siegesbericht mit jenen Siegesmeldungen Ludendorffs zu vergleichen, durch die das deutsche Volk jahrelang darüber hinweggetäuscht wurde, dass die deutschen Heerführer kein einziges strategisches Ziel zu erreichen vermochten.

Um die schwere moralische Niederlage Papens ganz zu ermessen, muss man sich in dieser kurzlebigen Zeit daran erinnern, wie sich die Reichsregierung noch vor drei Monaten, also unmittelbar nach ihrem Streich gegen Preussen, gebärdete. Damals war in ihren Erklärungen von einer vorübergehenden Amtsübernahme der preussischen Minister keineswegs die Rede, sondern nur von einer endgültigen Absetzung. Als ein Beispiel unter vielen sei nur an folgenden bezeichnenden Vorfall erinnert: Die Notverordnung vom 20. Juli wurde an jenem Vormittag vor der versammelten deutschen Presse durch den Staatssekretär Planck, also durch Papens rechte Hand, offiziell verkündet. Damals wurde sofort aus der Mitte der Versammlung der Wunsch geäußert, dass der Pressereferent des preussischen Innenministeriums, Ministerialrat Hirschfeld, Gelegenheit

erhalte, den Standpunkt der preussischen Minister darzulegen. Herr Planck aber erhob dagegen mit den Worten Einspruch: "Es gibt keine preussische Staatsregierung mehr: Herr Minister Severing ist abgesetzt!"

Dass die Herren von Papen und Genossen das preussische Staatsministerium als völlig erledigt und nicht mehr existierend betrachteten, geht auch aus der Tatsache hervor, dass sich der Reichsinnenminister von Gayl ausdrücklich weigerte, die erste Reichsratssitzung nach dem 20. Juli zu eröffnen, weil der stellvertretende Ministerpräsident und Wohlfahrtsminister Hirtsiefer seinen Sitz als Vertreter Preussens im Reichsratssaal vor Beginn der Sitzung eingenommen hatte. Es kam damals zu einem peinlichen Zwischenfall, den die Reichsregierung bald darauf bemüht war, vor der Öffentlichkeit abzuschwächen.

Daraus geht eindeutig hervor, dass die Reichsregierung sogar in jener Frage, die verfassungsrechtlich zweifellos am bedenklichsten war, nämlich bezüglich der Reichsratsvertretung Preussens, aufs Ganze zu gehen entschlossen war und die Regierung Otto Braun auch in diesem Punkt für abgesetzt und erledigt erklärte. Später ist sie so weit gegangen, sogar vollendete Tatsachen durch Ernennung eigener Reichsratsvertreter schaffen zu wollen, was eine glatte Bruskierung des Staatsgerichtshofs bedeutete. Aber gerade in diesem Punkt bedeutet das Leipziger Urteil eine hundertprozentige Niederlage für Papen, Gayl und Bracht und eine hundertprozentige Rechtfertigung von Otto Braun und Hirtsiefer.

Es darf auch nicht vergessen werden, womit der Reichskanzler am Abend des 20. Juli im Rundfunk seinen Streich begründete: innere Abhängigkeit der preussischen Regierung von den Kommunisten, geheime Abmachungen des Staatssekretärs Abegg mit kommunistischen Reichstagsabgeordneten und ähnlicher Hintertreppenklatsch. Der Staatsgerichtshof hat mit einer verächtlichen Handbewegung dieses gesamte "Beweismaterial" der Papenregierung beiseite geschoben und ist darüber hinaus von den Methoden deutlich abgerückt, die Dr. Bracht innerhalb der preussischen Ministerien angewendet hatte, um gegen die gewaltsam entfernten Minister nachträglich Belastungsmaterial zu sammeln.

Überall in der Welt gibt es nur eine Meinung darüber, dass eine Regierung, die eine derartige moralische Katastrophe erlitten hat, in jedem anderen Lande keinen Tag länger im Amte verbleiben würde. Aber Herr von Papen will bleiben, er markiert Selbstzufriedenheit, er lässt sogar durch seine Presse dreist behaupten, dass er gesiegt habe! Denn das Urteil habe ja die Zulässigkeit der Notverordnung vom 20. Juli und die Einsetzung des Reichskommissars wegen der Gefahr für die Ruhe und Ordnung, die eine Ermessensfrage sei, bejaht. Wer weiss, ob die Richter von Leipzig in ihrem Urteil nicht weitergegangen wären, wenn nicht seit Wochen das Gespenst eines Rücktritts Hindenburgs und einer unabsehbaren Staatskrise für den Fall einer restlosen Aufhebung der Notverordnung vom 20. Juli systematisch an die Wand gemalt worden wäre? Völlig frei in ihren Entschlüssen waren die Richter von Leipzig infolge dieser latenten Drohung anscheinend nicht. Sonst hätten sie vielleicht doch die Frage untersucht, wer die Schuld an der Gefahr für Ruhe und Ordnung trug: die preussische Staatsregierung oder die von den Nationalsozialisten von vornherein moralisch und politisch abhängige Regierung der Barone, die Hitler die verhängnisvolle Konzession der Aufhebung des Uniformverbots gemacht und dadurch erst bürgerkriegsähnliche Zustände in Deutschland heraufbeschworen hatte.

Die Regierung Papen spekuliert auf die Urteilslosigkeit und die Gedächtnisschwäche breiter Wählerschichten. Wir müssen dafür sorgen, dass alle diese Tatsachen, durch die allein man die Grösse der Leipziger Niederlage des Papen-Regimes ermessen kann, nicht vergessen werden!

SPD. Breslau, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Strafkammer Oppeln verurteilte im Bischdorfer Naziprozess sieben SA-Leute und vier Stahlhelmführer wegen Landfriedensbruch und schwerer Körperverletzung. Drei SA-Leute erhielten Geldstrafen bis zu 90 Mark. Von den übrigen Angeklagten wurden ein SA-Mann zu neun Monaten, zwei SA- und drei Stahlhelm-Leute zu je sieben Monaten Gefängnis verurteilt, zwei Angeklagte erhielten drei und vier Monate Gefängnis. Der Rest wurde freigesprochen.

In der Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende fest, dass bereits das gewaltsame Eindringen der Angeklagten in die geschlossene Kundgebung der Eisernen Front als strafbare Handlung zu werten sei. Die wegen dieses Vergehens angeklagten Nationalsozialisten und Stahlhelmlaute seien jedoch trotzdem freigesprochen worden, weil sie sich vermutlich nicht der Strafbarkeit ihres Auftretens bewusst gewesen wären. Die Hauptursache der blutigen Zusammenstöße sei in der Herbeirufung der SA zu suchen. Derjenige, der die SA alarmiert habe, trage die eigentliche Verantwortung für die Bischdorfer Vorfälle. Leider habe sich nicht ermitteln lassen, von wem der Telefonanruf erfolgt sei. Für die auf der Dorfstrasse randalierende Menge habe keinerlei Veranlassung bestanden, die aus dem Versammlungslokal heraustretenden republikanischen Führer zu beschimpfen. Die Reichsbannerführer Musiol und Olbrich, die bei dem Ueberfall schwere Verletzungen davontrugen, hätten, als sie auf dem Wege zum Bahnhof bedroht und niedergeschlagen wurden, ihre Waffe ausschliesslich zu ihrem Schutz und in Notwehr gebraucht.

Das Gericht verurteilte die an dem Ueberfall auf Musiol und Olbrich beteiligten Angeklagten zu den Mindeststrafen. Es stützte sich dabei auch auf die Ausführungen des Vertreters der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Braun-Magdeburg der in seinem Plädoyer gebeten hatte, es bei einer erzieherisch wirkenden Strafe bewenden zu lassen und die überwiegend jugendlichen Angeklagten nicht so hart zu bestrafen, wie es von anderen Gerichten in ähnlichen Fällen gegen Reichsbannerleute geschehen sei.

SPD. Die Kommunisten beten die Taktik des "alles oder nichts" an. Sie sind völlig unnütz für den Kampf der Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Situation, in der es ausdauernd und zäh um jede materielle und moralische Position gegen die Reaktion zu kämpfen gilt. Der Ausgang des grossen Staatsprozesses in Leipzig hat sie deshalb in schwere Verlegenheit gesetzt. Sie haben zunächst sauerstüss die Niederlage der Bracht und Papen angesehen, bis sie auf den gewohnten Dreh verfallen sind: die Niederlage der Reaktion in Leipzig sei ein sozialdemokratischer Betrug, in Wahrheit wollten die SPD-Führer die faschistische Diktatur retten!

Das ist alles, was sie dazu zu sagen haben! Weil die preussische Regierung den Papen und Bracht nicht Vorwände zu neuen Gewaltmassnahmen gibt, schreien die KPD-Demagogen über ein angebliches Bündnis Braun-Papen! Während die Reaktion verbissen und kleinlaut neben dem Ergebnis von Leipzig steht, redet die Rote Fahne ihr eifrig zu, dass Kleinmut nicht angebracht sei; denn Herr von Papen habe gesiegt. Die kommunistische Partei versucht also in der Arbeiterschaft moralischen Defaitismus hervorzurufen, indem sie gleichzeitig die Reaktion aufzumuntern versucht. Feine Arbeiterpartei!

Die Kommunisten machen sich mit dieser Stellungnahme lächerlich. Sie zeigen nur, dass ihr Hass gegen die Sozialdemokratie ihnen den letzten Funken von Vernunft geraubt hat! Die Rote Fahne deklamiert:

"Die Severing und Braund ürfen den Ministertitel weiter tragen. Sie bekommen Ministergehälter und Staatsautomobile. Sie bekommen Dienstpersonal und amtliche Arbeitsräume. Sie dürfen im Preussischen Landtag, im Staatsrat und im Reichstag erscheinen und präsentieren. Das nennen sie einen Sieg der Arbeiterklasse, eine Niederlage der Reaktion. So wollen sie ihre Kapitulation am 20. Juli rechtfertigen."

Der Titel, die Gehälter, das Auto - das ist alles, was die kommunistischen Führer sehen. Die Zerstörung reaktionärer Verfassungspläne, die entscheidende Veränderung in der Stellung des Reichs zu den Ländern, das Scheitern der gefährlichsten und verstocktesten Pläne, die unter dem Namen Reichsreform und Verfassungsreform laufen - alles das sieht man bei den kommunistischen Demagogen nicht! Denn die Hetze gegen die Sozialdemokratie ist ihnen wichtiger als die Aufklärung der Arbeiterschaft über das was ist!

Dass die sozialdemokratische Taktik vom 20. Juli, die manchem Heissporn zu ruhig war, nun letzten Endes zu einer moralischen Stärkung unserer Stellung und zu einer moralischen Schwächung der Papen-Bracht geführt hat, das sollen die kommunistischen Arbeiter nicht erfahren!

Gegenüber der blöden Demagogie der Kommunisten gegen Braun und Severing aber genügt eine einzige Frage an die kommunistischen Führer: "Warum habt ihr denn am 20. Juli zum Generalstreik für Braun und Severing aufgerufen?"

Diese Frage stellen heisst die Hanswurstrolle der kommunistischen Politik aufzeigen. Was kann eine Partei der Arbeiterschaft nützen, die wie die kommunistische Partei bei jeder Niederlage der Reaktion vor Zorn geifert gegen - die Sozialdemokratie, und die ganz deutlich erkennen lässt, dass sie Siege der Reaktion wünscht?

=====

SPD. Offenbach, 27. Oktober (Eig. Dr.)

Ueber die Geldklemme der Offenbacher Nazis werden interessante Einzelheiten bekannt. Die Nazi-Parteileitung musste jetzt das Braune Haus in der Luisenstrasse räumen, weil sie seit Monaten keine Miete bezahlt hat. Auch die Fahrt der Offenbacher Hitler-Jugend nach Potsdam ist bis heute nicht bezahlt. Die Inhaber und Chauffeure der drei Lastautos laufen noch immer den ihnen zustehenden 700 Mark nach. Statt Zahlung zu leisten, vertröstet man die Gläubiger immer wieder auf das Ergebnis eines Postkartenverkaufs von Potsdamer Bildern und nachträglichen Sammlungen unter nationalsozialistischen Mitgliedern. Auf diese Listen gehen aber so gut wie gar keine Beträge mehr ein. Die Leute zahlen nichts mehr für die Nationalsozialistische Partei. Auch die hessische Parteileitung der Nazis in Darmstadt hat die 700 Mark-Forderung weder anerkannt noch bezahlt, sondern erklärt, dass auf ihrem Postscheckkonto nur noch das Stammguthaben von fünf Mark stehe.

=====

SPD. Aachen, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Holland ist einem grossen Teil der deutschen Hausangestellten, obwohl ihre Arbeitgeber mit ihnen zufrieden waren, die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert worden. Ueber 60 deutsche Hausangestellte haben die holländische Grenze bei Emmerich bereits passiert, um in ihre alte Heimat zurückzukehren. Auch gegenüber hilfsbedürftigen deutschen Familien lässt das Entgegenkommen der holländischen Behörden stark nach. Eine ganze Reihe von Familien ist bereits bei Aachen über die Grenze gesetzt worden, wo sie den deutschen Grenzorten zur Last fallen.

Das Vorgehen der Holländer wird auf die deutsche Kontingentierungspolitik zurückgeführt. Nach dem Boykott deutscher Waren folgt nun der Boykott deutscher Menschen. Eine Folge der Wirtschaftspolitik der Papen-Barone.

=====

SPD. Der Sozialistische Kulturbund hatte bei der Deutschen Welle und bei dem Berliner Sender für den 9. November einen Vortrag beantragt, in dem als Sprecher Paul Löbe des 9. November 1918 gedenken sollte. Dieser Antrag ist abgelehnt worden.

Dieses Verlangen des Sozialistischen Kulturbundes war doppelt berechtigt, da der Berliner Sender dem Zehnjahrestag der Machtergreifung Mussolinis ausgiebige Zeit reserviert hat. Die Begeisterung des schwarz-weiss-roten Rundfunk der Nazibarone für den Faschismus kann nicht einmal durch das traurige Los der geknechteten und gemarterten Deutschen in Südtirol abgekühlt werden. Nationale Männer hindert das nicht, Mussolini zu feiern und sie empfinden das nicht einmal als Schmach und Erniedrigung. Der 9. November aber, an dem Wilhelm und die deutschen Fürsten ausgerückt und das Volk in seiner tiefsten Not feige verliesen, wir verstehen sehr gut, dass die Barone und ihre Lakaien nicht daran erinnert werden wollen. Dennoch werden sie und ihre Organe nicht aufhören sich weiter als "überparteilich" zu beweihträuchern. Sie verspüren allem Anschein nach garnicht wie lächerlich sie sich damit machen!

SPD. Paris, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Um jeder Debatte über die Festsetzung eines Datums für die Besprechung der neuen Interpellation Franklin-Bouillons über die Aussenpolitik auszuweichen, erklärte Herriot zu Beginn der Donnerstag-Sitzung der Kammer, er halte es für gerechtfertigt, dass die Kammer über die Absicht der Regierung auf dem Gebiet der Abrüstung unterrichtet zu werden wünsche. Aber die Regierung könne dieses nicht vor Freitag-Nachmittag tun, da der Oberste Landesverteidigungsrat den Abrüstungsplan erst gutheissen müsse. Er schlug daher der Kammer vor, am Freitag-Nachmittag eine Debatte über die Abrüstungsfrage anzuberaumen. Ueber das Schuldenproblem dürfe während dieser Debatte nicht gesprochen werden, denn die Regierung würde sich genötigt sehen, jede Äusserung darüber in dem gegenwärtigen Augenblick abzulehnen. Nach der Debatte, die am Freitag-Abend beendet werden müsste, werde die Regierung die Kammer um ein Vertrauensvotum bitten. Franklin-Bouillon erklärte sich mit dieser Lösung einverstanden, worauf die Kammer beschloss, die Interpellationsdebatte über die Abrüstung am Freitag-Nachmittag abzuhalten.

Der "Paris Soir" teilt zu dem französischen Abrüstungsplan mit, dass dieser auch für Deutschland das Recht vorsehe, eine neunmonatige Dienstzeit einzuführen. Ausserdem solle Deutschland die qualitative aber nicht die quantitative Gleichberechtigung für seine Rüstungen gewährt werden.

SPD. Am Mittwoch haben wir an Beispielen erläutert, was von dem "konservativen Staatsbegriff" des Herrn von Papen und seinem plötzlich so gross gewordenen Mut zur Unpopularität zu halten ist. Wir haben insbesondere verzeichnet, dass Herr von Papen es in seiner Eigenschaft als preussischer Zentrumsabgeordneter abgelehnt hat, von der Tribüne des Landtags herab über und für das unter Fremdherrschaft stehende Saargebiet zu reden: Er hätte seinen Verwandten schaden können. Das Beispiel zeigt besser als alle Reden des Herrn von Papen, was von seinem "Mut zur Unpopularität", vor allem aber von seinen heutigen "nationalen" Tiraden zu halten ist.

Und die "konservative Staatsgesinnung" des Herrn von Papen? In dieser Hinsicht für heute wieder einige Beispiele über Herrn von Papen von früher und heute :

Während seiner dreizehnjährigen parlamentarischen "Tätigkeit" als preussischer Abgeordneter hat Herr von Papen seine konservativen Grundsätze wiederholt in die Mottenkiste gepackt, um sie nach Bedarf wieder herauszu-

holen. Freilich hat er einige Male in der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages versucht, aus den Reihen zu tanzen, und zwar geschah das jedesmal, wenn ihm im Herrenklub oder einem anderen feudalen Gremium eine politische Massage verabreicht worden war. So wollte der Zentrums-Abgeordnete von Papen durchaus den Ausmarsch der deutschen Volkspartei mitmachen, als diese 1925 aus der grossen Koalition in Preussen ausbrach. In der Tat stimmte er am 20. Februar 1925 einem Misstrauensantrag zu, der den damaligen Preussischen Ministerpräsidenten Wilhelm Marx, den Vorsitzenden der Zentrumsparlei, zu Fall brachte. Im Herrenklub liess sich damals Papenals Held feiern und Thyssen jun. schickte ihm eigenhändig ein Glückwunschtelegramm. Aber schon wenige Wochen später, am 4. April 1925, wurde in Preussen ein neuer Ministerpräsident gewählt, nämlich der Sozialdemokrat Otto Braun, und siehe da, diesmal stimmte der Zentrumsabgeordnete Papen, der seinen Zentrumskollegen Marx mit zu Fall gebracht hatte, mit seiner Fraktion für den sozialdemokratischen Kandidaten Otto Braun. Die konservative Gesinnung hatte nur zwei Monate vorgehalten.

Was war inzwischen geschehen? Die Zentrumsfraktion des Landtages hatte Herrn von Papen vor die Wahl gestellt, entweder mit der Fraktion zu stimmen, oder aus ihr auszusteigen. Um diesem drohenden Ausschluss zu entgehen revidierte Herr von Papen schleunigst seine konservative Gesinnung und stimmte treu und brav für den Sozialdemokraten Braun. Das Abgeordnetenmandat einer "Systemparlei" war schon eine Messe wert. Weiterhin ist Herr von Papen dann immer bei der Stange geblieben. Er hat die zahlreichen Misstrauensanträge gegen die Preussische Regierung Braun mit abgelehnt und fast alle jene Beschlüsse durch seine Zustimmung gutgeheissen, die heute von ihm und anderen als schwarz-rote Misswirtschaft verlästert werden. Das ging so Jahre hindurch, bis auf einmal wieder die konservativen Grundsätze zur Anwendung kamen. Das war bei dem letzten Beschluss des alten Preussischen Landtages, die Geschäftsordnung für die Ministerpräsidentenwahl zu ändern. Herr von Papen stimmte mit der Rechten und den Kommunisten gegen diesen Antrag und zwar weil er wusste, dass er - für den neuen Landtag nicht mehr als Kandidat aufgestellt werden würde. Da wurde er plötzlich wieder konservativ.

Man sieht, Ueberzeugungen entspringen manchmal recht materiellen Ueberlegungen. Das war auch wohl Anfang vorigen Jahres der Fall, als sich Herr von Papen heftig um den Posten des Gesandten in Luxemburg bewarb. Das Auswärtige Amt winkte damals heftig ab, weil man wegen der bisherigen diplomatischen Grosstaten des Herrn von Papen und wegen seiner sonstigen diplomatischen Eigenschaften mit Recht Bedenken hatte. Es langte weder für den Gesandtenposten in München noch in Luxemburg. Aber Reichskanzler zu werden, scheint heute nicht schwer zu sein.

SPD. Stettin, 27. Oktober (Eig. Bericht)

Vor dem Schwurgericht in Greifswald begann der Riesenprozess gegen zwanzig Arbeiter und zwei Frauen, die des schweren Landfriedensbruchs und der vorsätzlichen Tötung von drei Angehörigen der Nazi-parlei angeklagt sind. Rund 200 Personen sollen als Zeugen vernommen werden.

Am 17. Juli unternahmen die Nationalsozialisten in Greifswald einen Standardenaufmarsch, an dem etwa 800 zum grössten Teil auswärtige uniformierte SA- und SS-Leute teilnahmen. Ihr Ruf "Strasse frei" ertönte provozierend an allen Ecken der Stadt. Einige jugendliche Arbeiter, die die Heil Hitler-Rufe nicht erwiderten, wurden verfolgt, zu Boden geschlagen und misshandelt. Einer dieser Ueberfallenen rettete sich in das Gebäude des Konsum-Vereins. Das war das Signal zum Sturm. 40 - 50 SA-Banditen drückten die schweren Torflügel des Konsum-Vereins mit Gewalt ein. Die auf dem Hofe in Kisten stehenden leeren Bier- und Selterflaschen dienten als Wurfgeschosse zu einem Bombardement gegen die Fenster. Auch Revolverschüsse wurden von den Eindringlingen abge-

feuert. Inzwischen setzte sich ein starker SA-Trupp im Eilmarsch nach den Wohnbaracken des Stadthofes in Bewegung. Die Meute drang in die Wohnstätten, wo es zu grossen Schlägereien mit den Insassen kam. Es gab Verletzte.

Die Polizei hatte unterdessen Verstärkung von Stralsund angefordert. Gegen 18 Uhr rückte sie in Greifswald ein. Ein Teil der SA verliess daraufhin die Stadt. Die Zurückgebliebenen stürmten später die Wohnbaracken in der Loitzer Landstrasse. Mit Revolvern in den Händen drangen die Nationalsozialisten ein. Es entstand eine Schlacht, bei der etwa 50 Schüsse abgegeben wurden. Das Gebrüll und Geschrei war weit in der Stadt zu hören. Bei diesem Feuergefecht gab es drei Tote und viele Verwundete, für die jetzt die 22 Angeklagten büssen sollen.

=====

SPD. Der Reichspräsident wird am Sonnabend in Gegenwart des Herrn von Papen den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun zu einer Unterredung über die Durchführung des Leipziger Urteils empfangen.

Die Rechtspresse ist unterdessen bestrebt, die Papen-Barone auf den Weg des Staatsstreichs zu drängen. Sie ruft nach Taten und fordert die Barone auf, nicht über Zwirnsfäden zu stolpern. In diesem Sinne kündigt die schwerindustrielle "Deutsche Allgemeine Zeitung" bereits "neue Massregeln in der Richtung auf weiteren Ausbau der Machtposition des Reichs in Preussen" an und im Lager der "überparteilichen" Barone redet man davon, dass die Reichsregierung bereits in ihrer Freitagsitzung entsprechende Beschlüsse fassen werde, die zunächst die Zusammenlegung mehrerer preussischer Ministerien zum Ziele haben. Eine derartige Massnahme über den Kopf der preussischen Staatsministeriums hinweg ist mit der Verfassung unvereinbar und muss zu neuen Auseinandersetzungen vor dem Staatsgerichtshof führen.

Inwieweit der Reichspräsident geneigt ist diese Auseinandersetzungen zu verhindern, indem er sich nicht auf den gekennzeichneten Weg drängen lässt, bleibt abzuwarten. Nach der Reichsverfassung ist er zu einer sachgemässen Durchführung des Leipziger Urteils verpflichtet. Das Urteil selbst weist den Weg dazu! Es ignorieren oder es gar entgegen seiner klaren Begründung mit Massnahmen beantworten, die in ihm ausdrücklich als verfassungswidrig bezeichnet werden, wäre gleichbedeutend mit dem Staatsstreich.

=====

SPD. London, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Demonstrationen der Arbeitslosen nach London führten am Donnerstag zu sehr unruhigen Szenen. Wäre die Polizei nicht so gründlich vorbereitet gewesen, so hätten die Zwischenfälle leicht ein gefährliches Ausmass annehmen können.

Die Züge der Demonstranten aus der englischen Provinz wurden unter Polizeibedeckung von ihren Nachtquartierendurch die Strassen zum Sammelplatz im Hyde-Park geführt. Dort hielten jeweils zahlreiche Redner Ansprachen. Dieser Teil der Veranstaltung verlief ruhig. Gleichzeitig aber hatten sich etwa 20 000 Menschen eingefunden, die von der Polizei nicht zum eigentlichen Schauplatz der Demonstration zugelassen war. Diese Menge brachte den Arbeitslosen Sympathiekundgebungen dar, überflutete alle Strassen der Nachbarschaft, brachte den Verkehr zum Stillstand und geriet stellenweise mit der Polizei in Konflikt, als sie durch die gesperrt gehaltenen Tore in den Park einzudringen versuchte. Die Untergrundbahnstation am Marble Arch musste geschlossen werden. Einige Schaufenster wurden eingeschlagen. 30 Personen wurden durch die Gummiknüttel der Polizisten verletzt. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

nommen. Einige Polizeibeamte wurden mit Steinen beworfen.

Das Unterhaus wird in der nächsten Woche auf Antrag von dem Führer der Arbeiterpartei Lansbury anstelle der Handelsverträge von Ottawa das Arbeitslosenproblem diskutieren.

SPD. Die Schadenersatz-Klage des sozialdemokratischen Abgeordneten des Preussischen Landtags Jürgensen gegen den Nazipräsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses ist von der Zivilkammer des Berliner Landgerichtes abgewiesen worden. Jürgensen war am 25. Mai bei der Saalschlacht zwischen der Nazi- und Kozifraktion schwer verletzt worden. Er hatte vom Präsidenten des Landtages, weil er der Schlacht nicht rechtzeitig vorbegeugt hatte, eintausend Mark Schadenersatz für Ärzte und Krankenbehandlung verlangt.

SPD. Koblenz, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Eine hier abgehaltene sozialdemokratische Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Sollmann-Köln sprach, beschloss folgendes Telegramm an den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun abzusenden:

"Tausende in der Koblenzer Stadthalle versammelte Republikaner grüssen die rechtmässige preussische Staatsregierung. Nieder mit den Verfassungsverbrechern. Freiheit!"

Am Donnerstag-Vormittag wurde dem Koblenzer Parteisekretariat vom Koblenzer Postamt mitgeteilt, dass das Telegramm aufgrund einer Notverordnung nicht zugestellt werden könne. Gegen das Sympathietelegramm des Herrn Hitler an seine Mörderkameraden von Potempa gab es seinerzeit keine Notverordnung.

SPD. Warschau, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Warschau kam es am Donnerstag-Abend zwischen nationalistischen Studenten und der Polizei zu schweren Zusammenstössen. Die Studenten versuchten trotz des Verbots des Universitätsrektors gegen die Heraufsetzung der Studiengebühren und gegen die geplante Einschränkung der akademischen Selbstverwaltung zu demonstrieren. Die Polizei konnte den Demonstrationszug erst mit Hilfe von Tränengasbomben und durch Wasserspritzen zerstreuen. Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet.

SPD. Köln, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Köln wurden am 30. September durch Wohlfahrts-, Jugend- und Arbeitsamt 104 218 Parteien mit 209 236 Köpfen, also annähernd 28 Prozent der gesamten Kölner Einwohnerschaft, durch die öffentliche Wohlfahrt versorgt. Demnach wird fast jeder dritte Kölner aus öffentlichen Mitteln unterstützt.

SPD. Paris, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Unterrichtsminister de Monzie weihte am Donnerstag-Nachmittag eine Goethe-Ausstellung in der Nationalbibliothek ein. Ein erstaunlich umfangreiches Material, bestehend aus Manuskripten, Bildern und Andenken Goethes und seiner Geliebten gibt ein anschauliches Bild von dem Werk und der Person des grossen Dichters. Ausserdem werden zahlreiche Bilder und Schriften sei-

der wichtigsten Zeitgenossen gezeigt, sodass man die Ausstellung als einen Querschnitt durch das geistige Leben der Zeit Goethes ansprechen kann. Mehrere deutsche und österreichische Museen und Privatsammler haben in dankenswerter Weise Stücke aus ihren Schätzen zur Verfügung gestellt. Ein Beweis für den Anteil, der in Frankreich Goethe entgegengebracht wird, war der ungeheure Andrang bei der Eröffnung der Ausstellung.

=====

SPD. Kopenhagen, 27. Oktober (Eig. Dr.)

Die dänische Regierung hat am Donnerstag den Reichstag aufgelöst und Neuwahlen zum 16. November ausgeschrieben. Die Auflösung erfolgte nachdem die Mehrheit des Oberhauses, Konservative und Bauernlinke, die Gesetzentwürfe der Regierung über die Devisen-Ordnung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgelehnt hatte. Von der Neuwahl des Reichstages erhofft die Regierung eine Bestätigung der vom Oberhaus abgelehnten Gesetze.

=====

SPD. Dresden, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Dresdener Nazizeitung sucht die Unterschlagungen bei der hiesigen Ortskrankenkasse gegen die Sozialdemokratie auszunützen. Der Beamte, der die Veruntreuungen beging und sich erhängte war jedoch Kassierer der Ortsgruppe des gelben Bundes der Krankenkassenbeamten, der viele eingeschriebene Nazis zu seinen Mitgliedern zählt und dessen zentrale Leitung ausgesprochen national-sozialistisch ist. Von allen Beamten der Prüfungsabteilung, die ihres Dienstes enthoben wurden, gehört nicht ein einziger einer freigewerkschaftlichen Organisation ein. Zum grossen Teil sind sie eingeschriebene Nazi-Mitglieder.

=====

SPD. Stendal, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Gattenmord in Stendal hat zu einem überraschend schnellen Ergebnis geführt. Der SA-Mann Ernst Jalas hat sich inzwischen gestellt und den Mord an seiner Ehefrau gestanden.

=====

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Die Technik des Staatsstreichs.

Eine zeitgemässe Erinnerung.

SPD. Am 5. Dezember 1848 oktroyierte Friedrich Wilhelm IV. von Preussen eine neue reaktionäre Verfassung. In dieser Verfassung gab es einen Artikel 105, dessen zweiter Absatz eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Artikel 48 der Verfassung von Weimar hat. Er lautet:

"Wenn die Kammern nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen unter Verantwortlichkeit des gesamten Staatsministeriums Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen."

Auf Grund dieses Artikels wurde am 30. Mai 1849 das liberale preussische Wahlrecht durch Verordnung in das berüchtigte Dreiklassenwahlrecht umgewandelt. Diese Verordnung wurde nachträglich den Kammern vorgelegt, und zwar den auf Grund des neuen oktroyierten Wahlrechts zustande gekommenen Kammern!

Ueber diese Technik des Staatsstreichs schrieb vor dreissig Jahren das Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler in Preussen:

"In der Tat konnte sich der Artikel 105 nur auf Notstandsverordnungen beziehen, die sich im Rahmen der Verfassung bewegten. Er bezog sich auf Zeiten, in denen die Kammern nicht versammelt waren. Aber er räumte der Krone nicht das perfide Recht ein, den Zustand des Nichtversammeltseins erst dadurch künstlich herbeizuführen, dass der König den Landtag nach Hause schickte. Die Bedingung der nachträglichen Genehmigung von Notstandsverordnungen durch die Kammer wäre völlig leer und sinnlos, wenn Artikel 105 dem König erlaubte, die Verfassung jederzeit durch eine Verordnung zu brechen und dann die Genehmigung für diese Verordnung an eine Kammer zu überweisen, die auf Grund eines neuen rechtswidrigen Wahlrechts dem Genehmigungsbedürfnis gemäss zustande gekommen. Das hiesse, den Verbrecher in eigener Sache richten lassen, die Indemnität für Rechtsbrüche bei dem Urheber der Rechtsbrüche einholen."

Diese Ausführungen, die nunmehr dreissig Jahre alt sind, sind von ganz ungewöhnlicher Aktualität. Die Reaktion befindet sich in einer neuen Tobsuchts epoche. Sie erinnert sich an ihre Methoden aus den Tobsuchtsjahren der Konterrevolution nach 1848, und das ostelbische Junkertum zeigt Gelüste, diese Methoden heute nach fast hundert Jahren zu neuem Leben zu erwecken.

Ganz wie Wilhelm!

Mussolini hat in Mailand den Rohbau des Kunstpalastes besichtigt. Der Bauplan sieht dabei einen Turm vor, der höher als alle anderen Türme Mailands sein soll. Mussolini hat dagegen Einspruch erhoben und hat befohlen, dass der Turm des Kunstpalastes einen Meter niedriger zu sein habe als der Turm des Mailänder Domes. Die Symptome des Cäsarenwahns sind bei allen Subjekten, die ihm verfallen sind, die gleichen. Wilhelm II. zeigte dieselben Symptome wie Mussolini. Was Mussolini in Mailand angeordnet hat, hat sein Vorgänger Wilhelm in Berlin schon vor ihm befohlen. Die Kuppel des Reichstagsgebäudes musste niedriger sein als die Kuppel des Berliner Schlosses, damit der Grösse der Krone durch das Symbol der Volkssouveränität kein Abbruch geschehe. Und als die Spitze der sogenannten Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche im Berliner Westen ihm nicht hoch genug war, musste befehlsgemäss ein sinnloser, klotzig prunkhafter Stern auf die Turmspitze gesetzt werden, um sie künstlich zu verlan-

gern. Das Ende vom Lied war bei Wilhelm II., dem Vorgänger Mussolinis im Grössenwahn, die Flucht nach Holland. Wie wird es bei Mussolini enden?

Hilfe, Herr Bracht!

Herr Bracht! Im Namen der Sittlichkeit rufen wir Sie auf, unverzüglich gegen die unsittliche Frauenmode von heute vorzugehen. Wir haben einen Blick in Hugenbergs "Lokal-Anzeiger" geworfen und haben dort schreckliche Dinge über die Mode der neuen Tanzsaison finden müssen. Herr Bracht! Wenn solches schon in Hugenbergs "Lokal-Anzeiger" empfohlen wird, wie mag es dann erst in Wirklichkeit aussehen? Herr Bracht! Wir sehen da ein Bild mit einem Rückenausschnitt - nein, Herr Bracht, wir können es Ihnen nicht sagen, wie tief dieser Rückenausschnitt ist, und das in einem Kleid, das nicht etwa am Oberarm den Arm fest umschliesst, sondern unter dem Arm einen Ausschnitt frei lässt von erschreckender Tiefe. Und erst vorne! Schreiten Sie ein, Herr Bracht, verbieten Sie schleunigst die Propaganda dieser Unsittlichkeit in Hugenbergs "Lokal-Anzeiger", erlassen Sie eine Verordnung, dass derartig unsittliche Kleider nicht getragen und nicht hergestellt werden dürfen!

Herr Bracht! Wir müssen Ihnen auf Grund unserer Studien in Hugenbergs "Lokal-Anzeiger" noch mehr berichten. Da ist die Rede vom kurzgegürteten Leibchen von einer Form, die sich dem schlanken Körper anschmiegt. Wir ahnen, was dies zu bedeuten hat! Kurzgegürtetes Leibchen, Form, die sich dem Körper anschmiegt - verordnen Sie, Herr Bracht, dass solche Kleider nur getragen werden dürfen, in Verbindung mit einem allseits geschlossenen Schulterkragen, der bis in die Mitte der Taille zu fallen hat.

Drittens, Herr Bracht, vernehmen wir, dass sich eine weitere Modेरichtung Ihrer Anregungen aus dem Mittelalter mit der tiefen Gürtung als charakteristischem Wahrzeichen holt. Wir haben in Hugenbergs "Lokal-Anzeiger" im Bilde gesehen, was dies bedeutet! Wir können es Ihnen nicht sagen, Herr Bracht, welche Körperteile vorne und hinten durch diese tiefe mittelalterliche Gürtung besonders betont werden. Dagegen gibt es nur eine Abhilfe! Da hilft kein Festanliegen, kein angeschnittenes Bein und kein Zwickel, da hilft nur eins: Verordnen Sie die Krinoline!

Genau anders herum!

Als die Nationalsozialisten vom Kabinett der Barone einen wohlgezielten Fusstritt erhielten, begann Herr Goebbels, der Reichspropagandaleiter der NSDAP, laut zu schreien über die feinen Leute, die auf dem Rücken der Nationalsozialisten in die Macht geklettert seien.

Genau vor Jahr und Tag hat in Erfurt der nationalsozialistische Redner Triebel über die Harzburger Front mit folgenden Worten geredet:

"Wir werden die Deutschnationalen als Fusschemel benutzen, und wenn wir an der Macht sind, dann stossen wir diesen Fusschemel um".

Es war von beiden Seiten gut gemeint. Aber wer den Tritt erhalten hat, das sind eben nicht die Deutschnationalen, sondern die Nationalsozialisten gewesen. Die Knechte der Herren Barone sind bedient worden, wie es ihnen gebührt.

Die Kriegspropaganda.

Hier ist eine Sammlung von Ueberschriften aus nur drei Nummern eines deutschnationalen Blattes: "Das Volk steht auf. Erlebnisse von 1913. - Volk und Wehr. - Soldatentagung in Schleswig-Holstein. - Ein Gasschutzmuskeller des Stahlhelms. - Bereit sein ist alles. - Die Hausfrau im Gaskrieg." Sie können es gar nicht erwarten!

Alles schon dagewesen.

Die Herren von anno dazumal.

SPD. In der Geschichte wiederholt sich fast alles; die Grössen vom Herrenklub sind überhaupt nur eine einzige Wiederholung. Was sich beweisen lässt.:-

Ein Krieg gegen den äusseren Feind hat meist einen inneren Burgfrieden zur Folge: der König kennt keine Parteien mehr, die Plebs avanciert zum "Volksgenossen". So war es auch als Napoleon den deutschen Fürsten schwer zusetzte. Unter diesem Druck erkannten diese Fürsten in ihren Untertanen liebe Mitbürger; die Gekrönten wurden von geradezu liberalen Ideen befallen. Da erklärte zum Beispiel solch ein Fürst, dass erst "durch eine gleiche Verteilung der Staatslasten alle Untertanen nur eine Furcht, aber auch nur eine Hoffnung haben", dass die Vaterlandsliebe überhaupt "nichts anderes als die Vorstellung der allgemeinen Gerechtigkeit" sei. Ein gekröntes Haupt gab öffentlich zu, dass die ganze Steuerlast bisher beinahe "auf der produzierenden Klasse gelegen habe, dass daher nicht eine billige gerechte Gleichheit in der Verteilung des Staatserfordernisses geherrscht" habe, "indem ein Teil dazu wenig oder garnicht, ein anderer Teil hingegen öfters über seine Kräfte beigetragen" habe. Und in einer Thronrede des Jahres 1814 wurden ausdrücklich die Schranken anerkannt, "welche der Herr des Himmels und der Erde, der auch über die Mächtigen gebietet, den Mächtigen gesetzt". Im Kriege gewinnen sogar Herrscher bisweilen soziologische Einsichten.

Und nach dem Krieg? Da geht es wieder munter gegen den inneren Feind. Da wird der "Volksgenosse" wieder Untertan. Damals machte man wieder die Reform rückgängig, die man während des Kriegs an der überalterten ständischen Monarchie hatte vornehmen müssen. Man löste das Versprechen nicht ein, mit dem man das Volk zu den Waffen gelockt hatte. Wollte man im Krieg furiose Landsleute, so wollte man jetzt bescheidene und stille Untertanen. Der Fürst von Lichtenstein zum Beispiel ordnete an, dass zu Abgeordneten nur Leute gewählt werden dürften, "die verträglicher Gemütsart sind".

Hort der Reaktion waren die preussischen Junker. Das wurde bald allenthalben erkannt. Und so gab der mutige Journalist Görres Preussen den Rat, "sich zu einer teutschen Macht hinaufzuheben, und nicht Deutschland zu einer preussischen Macht hinabzuziehen". Schon damals zeigte sich eine der guten Seiten, die der deutschen Föderalismus hat: Süddeutschland war ein (wenn auch bescheidenes) Bollwerk gegen das "halb slavische, barbarische" Preussen - wie sich der König von Württemberg ausdrückte. Bayern, Baden, Württemberg, das Grossherzogtum Hessen strebten konstitutionelle Verfassungen an - der kurmärkische, pommersche, schlesische Adel wollte am liebsten zurück in jene schöne Zeiten, in denen der preussische König noch vom preussischen Adel abhängig war. 1811 hatte der napoleonische Krieg dem Junker-Regime ein Bauernedikt abgetrotzt, das wirklich nicht sehr revolutionär gewesen ist: die Bauern konnten ihre Freiheit nur unter den schwersten Opfern ablösen; die ostelbischen Herren konnten einen grossen Teil der bäuerlichen Wirtschaften, die durch die Bauernschutz-Gesetzgebung des 18. Jahrhunderts erhalten waren, an sich bringen. Trotzdem strebten die Rittergutsbesitzer wieder hinter das Bauern-Edikt zurück. Und die Herren Agrarier des Kreises Stolp sprachen wohl nur die Ge-

fühle ihres Standes aus, wenn sie bekundeten: "Unsere Güter werden für uns zur Hölle werden, wenn unabhängige bäuerliche Eigentümer unsere Nachbarn sind. Der Herren-Klub der Yorck, Marwitz und Borstell revidierte die Geschichte wieder zurück. Und Karl Ludwig Haller brachte damals in seinem berühmten Buch "Restauration der Staatswissenschaft" die ostelbischen Gefühle in deutliche Begriffe: "Das ist also ewige, unabänderliche Ordnung Gottes, dass der Mächtigere herrsche, herrschen müsse und herrschen werde."

Auf dieser Basis ging man nun gegen die "verdächtigen Elemente" vor. Der Dichter und Jurist E.Th. Hoffmann bezeichnete diese Verfolgungen, diese Verhaftungen, diese Schikanen als "ein ganzes Gewebe heilloser Willkür, frecher Nichtachtung aller Gesetze, persönliche Animosität"; und er fand als Prinzip der Reaktion die Methode: sei erst der Verbrecher ausgemittelt, so finde sich das begangene Verbrechen von selbst. Wer ist ein Verbrecher? Heute würde man sagen: der Kulturbolschewist. Damals hatte man eine andere Vokabel und sagte: der Jacobiner. Und eines Tages hatte man die gute Gelegenheit, diese Jacobiner zu fassen. Die Sehnsucht aller Reaktionen ist der Ausnahmezustand. Den Anlass zum Ausnahmezustand fand man damals in Sands Attentat auf Kotzebue.

In einer der letzten Nummern seines "Rheinischen Merkurs" stellte der Herausgeber Görres fest, dass elende Minister sich der Freiheit aus demselben Grunde widersetzen, aus welchem Freudenmädchen die Strassenbeleuchtung haszen. Zuerst gab man diesem Görres einen Wink: er möge sich mässigen; als er diesen Wink nicht verstehen wollte, verbot man sein Blatt. Zu jener Zeit lernten die Schriftsteller ihre Worte so fein zu formulieren, dass sie den Zensor täuschten und doch dem Leser verständlich wurden. Damals schrieb Heinrich Heine: Die deutschen Fürstengeschlechter sitzen auf allen Thronen Europas, die deutschen Rothschilds beherrschen alle Börsen der Welt, die deutschen Gelehrten regieren in allen Wissenschaften - "und wenn wir in den Hamburger Korrespondenten" setzen wollen: "Meine liebe Gattin ist in Wochen gekommen, mit einem Töchterlein, schön wie die Freiheit" - dann greift der Herr Doktor Hoffmann zu seinem Rotstift und streicht uns die Freiheit; dieselbe "Freiheit", die auch aus dem "Bonner Kommersbuch" entfernt werden musste, das Hoffmann von Fallersleben im Jahre 1819 herausgab. Und trotzdem dichtete Hoffmann von Fallersleben, den man in die Verbannung schickte, sein "Deutschland über alles". Trotzdem liess er sich von der damaligen Herrenregierung sein Vaterland nicht verkeheln...

Dr.L.M.

+ + +
"Meisterhaft". Der Leiter der Zweigstelle Buderich der Kreissparkasse Grevenbroich-Neuss, dem kürzlich ein Lob wegen seiner "musterhaften Buchführung" ausgesprochen worden war, wurde verhaftet. Er hat seit 1925 rund 12 000 Mark unterschlagen.

+ + +
"Streit". In Berlin N. wurde am Donnerstag-Vormittag der 49jährige Zimmermann Richard Harwick von einem Bekannten im Streit mit einem Eisenstück niedergeschlagen. Harwick starb nach kurzer Zeit an den Folgen eines komplizierten Schädelbruchs. Sein Mörder wurde ermittelt.

+ + +
Tragischer Tod. Es hat sich herausgestellt, dass der in Landau (Pfalz) kürzlich durch Freitod aus dem Leben geschiedene Justizrat Hugo Weil das Opfer von Erpressern geworden ist. Die Polizei ist bemüht, den Fall zu klären; bis jetzt wurden 15 Personen, von denen mehrere bereits ihre Schuld gestanden, verhaftet. Man hatte ursprünglich angenommen, dass sich der in der ganzen Pfalz bekannte Justizrat in einem Anfall von Nervenzerrüttung das Leben genommen habe.

+ + +

Fisch mit vier Augen? Mitglieder einer Expedition der kalifornischen Akademie behaupten, in einem Küstenfluss in Honduras einen Fisch mit vier Augen entdeckt zu haben: zwei Augen sollen nach oben und zwei nach unten sehen.

+ + +
Rechtskräftig! Das Urteil in dem vor Monaten beendeten Berliner Schultheiss-Patzenhofer-Prozess ist zum grössten Teil rechtskräftig geworden. Die Staatsanwaltschaft zog ihre Berufung gegen den Freispruch der Generaldirektoren Kuhlmay, Funke und Sobernheim zurück; der Angeklagte Katzenellenbogen seine Berufung gegen das Urteil, das gegen ihn wegen Bilanzverschleierung auf drei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe lautet. Der Fall des Generaldirektors Penzlin, der wegen Bilanzverschleierung eine Geldstrafe in Höhe von 20 000 Mark zahlen soll, kommt noch vor das Reichsgericht.

+ + +
Juwelenraub. Aus der Villa eines Architekten in Berlin-Westend entwendeten Einbrecher Perlenketten, Brillantringe und Colliers im Gesamtwert von 30 000 Mark. Die Täter hatten die in der Villa anwesende Hausangestellte während der Zeit des Verbrechens aus dem Hause zu locken verstanden.

+ + +
Vermögensbeschlagnahme. Die 4. Grosse Strafkammer des Landgerichts I Berlin liess das Vermögen des flüchtigen Heinrich Sklarz beschlagnahmen. Es wurde gegen Sklarz wegen zweier neuerdings bekannt gewordener Betrugsfälle Voruntersuchung eingeleitet.

+ + +
Schiesserei. Auf dem Sorauer Güterbahnhof in Delitzsch (bei Halle) kam es zu einer Schiesserei zwischen Beamten der Hallensischen Bahnpolizei und mehreren Dieben, die beim Bahnraub ertappt worden waren. Einer der Täter wurde verwundet und festgenommen, die übrigen entkamen.

+ + +
Immer nobel... In der Nähe von Sotrum (Holstein) verlor ein Autofahrer eine Brieftasche mit 50 000 Mark. Den Strassenarbeiter, der Tasche und Inhalt fand und ehrlich ablieferte, wollte er mit 10 Mark Belohnung abspesen.

+ + +
Total verrückt. In der "eleganten" Gesellschaft Chicagos wurde es Mode der Damen, sich die Lippen grün zu färben.

+ + +
Die falsche Kuh. Von der polnisch-russischen Grenzpolizei wurde ein Student festgenommen, der - vergeblich - den Versuch gemacht hat, mit einem Kuhfell verkleidet, die Grenze zu überschreiten.

+ + +
Konkurs eines Klosters. Das österreichische Benedictinerkloster St. Lambrecht musste infolge des darniederliegenden Nutzholzhandels mit 4 Millionen Schilling Schulden seinen Konkurs erklären. Die Zahl der Gläubiger beläuft sich auf etwa 2 000.

+ + +
Pech. Einbrecher erbeuteten aus einer Wohnung in Eschweiler einen ganzen Haufen - Geldscheine aus der Inflation.

+ + +
Ein Ruhestörer. In einem Schweizer Blatt beschwert sich ein biederer Bürger erregt über den "immer häufiger auftretenden nächtlichen Ruhestörer Zeppelin. Beinahe wöchentlich lässt sich dieses groteske Ungeheuer angelegen sein, mitten in der Nacht mit offenem Auspuff seiner Motoren ganze Landesgegenden auf roheste Art zu wecken und mit seinen Schallwerfern die so aus dem Schlaf geschreckte Menschheit zu verhöhnen."



Erwacht die Beamtenschaft?

Tagung des Deutschen Beamtenbundes.

SPD. Bei der deutschen Beamtenschaft scheint so etwas wie ein Erwachen eingesetzt zu haben - allerdings ein anderes Erwachen, als es sich Hitler erträumt. Grosse Teile der deutschen Beamtenschaft waren merkwürdig rasch und leicht ein Opfer der Hitler-Psychose geworden. Das ist kein Ruhmesblatt für die deutsche Beamtenschaft; denn nur politische Instinkttlosigkeit konnte übersehen, dass die Beamten von einer Bewegung wie der Hitlerbewegung bestimmt nichts zu erwarten haben. Das Papenregiment, das trotz des oppositionellen Getues der Hitler-DEMAGOGEN nichts anderes darstellt als eine Art Vorstufe zum Dritten Reich, hat nun aber allem Anschein nach doch manchem Beamten die Augen geöffnet. Die Tagung des Deutschen Beamtenbundes, die am Donnerstag in Berlin begann, hat diesem Erwachen der Beamtenschaft auch bereits einigen Ausdruck gegeben; und mit diesem Ausdruck hat wahrscheinlich die Reichsregierung gerechnet, Sie hat deshalb der Einladung zur Teilnahme nicht Folge geleistet. Der Reichsinnenminister wollte nicht ähnliche Erfahrungen machen, wie der Reichsarbeitsminister vor einigen Wochen auf dem Christlichen Gewerkschaftskongress.

Im Mittelpunkt des ersten Verhandlungstages des DBB stand ein Vortrag des Bundesvorsitzenden Flügel über "Die Politik des Deutschen Beamtenbundes". Der Bundesleitung war in der jüngsten Zeit aus Mitgliederkreisen wiederholt der Vorwurf gemacht worden, sie habe die statuarisch festgelegte partei=politische Neutralität verletzt. Demgegenüber legte Flügel einleitend zunächst seine Auffassung zwischen Politik und Parteipolitik dar. Im Anschluss daran erinnerte er an die schweren materiellen Opfer, die den Beamten seit dem vorigen Bundestag auferlegt wurden und die bei den Beamten vor allem wegen der Art, wie sie ihnen auferlegt wurden, starke Erregung hervorgerufen haben. Die bis jetzt vorgenommenen Kürzungen der Beamtengehälter seit ihrem Höchststand haben die ansehnliche Höhe von 2 1/4 Milliarden Mark erreicht. Im Zusammenhang mit der Kritik an den notverordneten Gehaltskürzungen nahm Flügel auch gegen Herrn v. Siemens Stellung, der vor kurzem gegen die angeblich unerträgliche Bevorzugung der Beamten gegenüber den Arbeitern und Angestellten der Privatindustrie gewettert hat. Mit temperamentvollen Ausführungen wandte sich Flügel auch gegen die Absichten, die Beamten oder wenigstens einzelne Gruppen von ihnen durch Entziehung des passiven Wahlrechts zu "neutralisieren" und so zu Staatsbürgern minderen Rechts zu machen.

Die Erinnerung an den im Preussischen Landtag abgelehnten Antrag der Nationalsozialisten, wprin die Auflösung des preussischen Polizeibeamten=Verbandes verlangt wurde, und ebenso der Hinweis auf die Missachtung der Beamtenorganisationen im nationalsozialistisch regierten Oldenburg lösten scharfe Entrüstung auf der Bundestagung aus.

Die Führung des Deutschen Beamtenbundes war stark angegriffen worden wegen der Unterzeichnung des Aufrufes sämtlicher gewerkschaftlicher Spitzen=körperschaften vom 20. Juli, der die Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Ruhe und Besonnenheit ermahnte. Der geschäftsführende Bundesvorstand hat diese Unterzeichnung seinerzeit wegen verschiedener Wendungen in dem

Aufruf nicht gebilligt und für die Zukunft jede Beteiligung an gemeinsamen Kundgebungen untersagt, die den Anschein parteipolitischer Stellungnahme erwecken könnte. Flügel betonte, dass der von verschiedenen Kreisen innerhalb des DBB erhobenen Forderung, jede Zusammenarbeit mit andern gewerkschaftlichen Spitzenkörperschaften abzulehnen, der Bundesvorstand nicht nachkommen könne. Das hiesse das Kind mit dem Bade ausschütten. Flügel's Schlussworte waren offenkundig an die Adresse verschiedener Mitglieder gerichtet, die den DBB zur nationalsozialistischen Parteifiliale machen möchten. Er wandte sich darin gegen das deutsche Erbübel, den Hang zur Zwittertracht, und betonte, der Beamte müsse sich zuerst als Staatsbürger fühlen, dann als deutscher Beamter und erst zuletzt als Parteimitglied.

Der infolge der nationalsozialistischen Wühlereien im DBB für die Bundestagung erwartete "rach dürfte, wie bereits am ersten Tag die ausgiebige Debatte zeigte, nicht kommen. Die erdrückende Mehrheit der Vertreter der Mitgliedschaft des Deutschen Beamtenbundes hat zweifellos nichts für die nationalsozialistischen "Freunde" der Beamten übrig. Das kam besonders deutlich bei der Diskussionsrede des Führers des kaum 6 000 Mitglieder zählenden Bundes der technischen Zollbeamten Dr. Klüver zum Ausdruck, der den Streich gegen Preussen am 20. Juli zu verteidigen suchte und die Absetzung des Führers des DBB und eine Aenderung des Kurses der Bundesleitung forderte, damit der Bund mit der nationalsozialistischen Partei wieder besser Fühlung nehmen könne. Dieser offensichtliche Vertrauensmann des Braunen Hauses im DBB wurde mehrmals mit so starken Zwischenrufen überschüttet, dass er minutenlang nicht zum Reden kam. Ihm zollte nur eine Anzahl sicherlich zum Applaudieren bestellter Tribünenbesucher Beifall. Besonders starke Zustimmung fanden der Vertreter des Verbandes preussischer Polizeibeamten, sowie der Sprecher des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten, die sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit von den nationalsozialistischen Bestrebungen innerhalb des DBB distanzierten, und auch den Gesinnungswechsel gebührend kennzeichneten, der sich in den letzten zwei Jahren bei einer ganzen Anzahl von Beamten infolge des Kurswechsels in der Reichspolitik bemerkbar gemacht hat. Jedenfalls ging schon aus der bisherigen Debatte hervor, dass die NSDAP aus der Tagung des DBB bestimmt keinen Nutzen ziehen wird.

SPD. Bei einigen Baufirmen in Halle war in der vorigen Woche ein Streik ausgebrochen. Die Unternehmer hatten aufgrund der Notverordnung eine Lohnkürzung vorgenommen. Der Streik wurde "geführt" von der RGO. Die bloße Forderung der Unternehmer, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, widrigenfalls eine Entscheidung des Schlichters herbeigeführt werde, genügte, um den Revolutionären das Herz in die Hose rutschen zu lassen. Sie waren sofort zu Verhandlungen bereit. Als aber die Unternehmer gar drohten, sämtliche Lehrlinge zur Fertigstellung der Arbeit zusammenzuziehen, schlossen die Radikallinks rasch eine Vereinbarung ab, die einen Lohnabbau von 25 Prozent vorsieht.

Hätten die "Bonzen" des Baugewerksbundes eine solche Vereinbarung abgeschlossen, würde die kommunistische Presse von Konstanz bis Königsberg über Verrat und Verbrechen an der Arbeiterklasse heulen. So aber bringt es das kommunistische Blatt in Halle auch noch fertig, das feige und schämliche Verhalten der RGO-Strategen als roten Streiksieg zu preisen.

SPD. Der Gehaltsstreit der Angestellten des mitteldeutschen und Niederlausitzer Braunkohlenbergbaus ist dieser Tage zu einem Abschluss gekommen. Die Schiedssprüche, die eine unveränderte Verlängerung der Gehaltstarife bis zum 31. Dezember d.J. vorsahen, waren von den Arbeitgebern abgelehnt wor-

den; die Angestelltengewerkschaften hatten die Verbindlicherklärung beantragt. Nach langer Beratung kam in Nachverhandlungen eine Vereinbarung dahin zustande, dass die Dienstalterszulagen in den einzelnen Gruppen um 0,80 bis 1,40 RM vermindert werden. Das bedeutet einen Gehaltsabbau um 4 bis 6 Prozent. Der Abschluss läuft unkündbar bis 31. März 1933.

Die neue Gehaltskürzung ist angesichts der günstigen Lage der Braunkohlenindustrie völlig unbegründet. So hat die Bubiag erst vor einigen Tagen bekanntgegeben, dass sie wiederum 10 Prozent Dividende ausschüttet. Aber der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gab in den Verhandlungen sehr deutlich zu verstehen, dass dem Antrag auf Verbindlicherklärung nicht stattgegeben werden würde. Nur um einen tariflosen Zustand zu vermeiden, kam es zur Vereinbarung, die allerdings gegenüber den Forderungen der Arbeitgeber, die auf 20 Prozent Gehaltsabbau lauteten, eine wesentliche Einschränkung darstellt. Aber wie verträgt sich die Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Verbindlicherklärung mit der Wirtschaftsankurbelung? Oder gilt das Papen-Programm nur für Steuergeschenke an die Unternehmer?

SPD. Das endgültige Ergebnis der Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn liegt nunmehr vor. Sein Hauptmerkmal besteht in der Tatsache, dass die Nationalsozialisten im Gegensatz zu ihren grossprecherischen Ankündigungen vor der Wahl ein ausgesprochenes Fiasko zu verzeichnen haben.

Abgegeben wurden 274 190 gültige Stimmen. Das sind 30 782 weniger als bei der letzten Beamtenrätewahl im Jahre 1930. Der Rückgang der Stimmenzahl entspricht fast genau der Verminderung der Zahl der Wahlberechtigten (30 744), die diesmal 322 502 betrug gegenüber 353 246 im Jahre 1930.

Schon bei der Wahl 1930 für den Hauptbeamtenrat existierte ein partei-politischer Wahlvorschlag der Nationalsozialisten. Er erhielt damals 10 667 Stimmen. Die inzwischen im Jahre 1931 gegründete nationalsozialistische Eisenbahnerorganisation hat eine ausserordentlich heftige Agitation entfaltet. Der von ihr angekündigte überwältigende Wahlsieg der Nationalsozialisten blieb jedoch aus. Sie konnten wohl ihre Stimmenzahl um 32 609 auf 43 276 steigern, allein gemessen an dem Aufstieg der Hitlerbewegung in den letzten beiden Jahren ist diese Zunahme alles andere als eine Zunahme; sie ist ein glatter Misserfolg.

Im einzelnen erzielten die fünf Vorschlagslisten folgende Stimmenzahl zum Hauptbeamtenrat: Einheitsverband 42 631 (2 Mandate), GDE-Geteb 62 355 (4 Mandate), Gewerkschaft d. Lokführer 46 591 (3 Mandate), Zentralgewerkschaftsbund 79 335 (5 Mandate), Nationalsozialisten 43 276 (3 Mandate).

Zentralgewerkschaftsbund, GDE-Geteb und Einheitsverband büssen je einen Sitz im Hauptbeamtenrat ein, der den Nationalsozialisten zugute kommt. Beim Einheitsverband ist zu berücksichtigen, dass der Wählerausfall gegenüber 1930 hauptsächlich bei den Beamtenratswählern im Lohnverhältnis zu suchen ist, die infolge des Verkehrsrückgangs in erster Linie aus dem Beamtenendienst zurückgezogen wurden. Alle wirtschaftlichen Organisationen der Reichsbahnbeamten erlitten gegenüber 1931 Einbussen, die bei der freigewerkschaftlichen Richtung (Einheitsverband 18 955 Stimmen) und bei den drei Organisationen des Deutschen Beamtenbundes 37 061 Stimmen betragen, während die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer 7 375 Stimmen einbüsste.

Der scharfen Aufklärungsarbeit des Einheitsverbandes gegen die partei-politischen Zersetzungsbestrebungen der Nationalsozialisten ist es in erster Linie zu verdanken, dass der nationalsozialistische Einbruch in die Beamtenräte misslungen ist. Leider zeigt das Ergebnis in verstärktem Mass ein Bild starker organisatorischer Zersplitterung. Den Schaden davon haben die Eisenbahner, die unter dem Druck einer rücksichtslosen Personalpolitik stehen.

SPD. Lügen haben kurze Beine - auch kommunistische Lügen. Seit Wochen strotzt die kommunistische Presse tagtäglich von Siegesnachrichten der RGO. Angeblich werden diese "Siege" vor allem in den Textilbezirken erfochten. Bei den Textilarbeitern weiss aber kein Mensch etwas von einem kommunistischen Vormarsch an der Textilfront. Der Deutsche Textilarbeiterverband nahm bisher von diesem dumm und plump zurecht gemachten kommunistischen Siegesgeschrei keine Notiz. Wie recht er damit tat, wird jetzt von der KPD selbst bestätigt. Im "Bolschewik" Jahrgang 3 Nr. 15 ist ein Bericht zu finden, der nur für die Funktionäre bestimmt ist aber eben deswegen auch aus der Schule plaudert. Er steht in krassem Widerspruch zu den Siegesmeldungen der Kommunistenpresse. Wörtlich heisst es da auf Seite 239:

"Als Beispiel für viele sei hier aus dem Bericht des Instruktors in Harta folgendes zitiert: In Harta ist vor allem zu verzeichnen, dass unsere Genossen selbst nicht davon überzeugt sind, dass es uns gelingen wird, eine Bewegung auszulösen."

"Die entscheidende Ursache für das mangelnde Vertrauen der Arbeiter zur RGO und damit auch für das Fehlen der Bereitschaft zum Kampf ist die ungenügende Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter durch unsere betrieblichen Funktionäre." So wird z.B. vom Instruktör aus Limbach folgendes berichtet: In den Betrieben sind zwar die Arbeiter zum grossen Teil der KPD sympathisch, aber die roten Betriebsräte verabsäumen alle Vorkommnisse im Betrieb zum Anlass zu nehmen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten."

"In einem Bericht aus Plauen heisst es hierüber: Die Genossen berichteten in der Diskussion, dass überall der Einfluss der RGO und der Partei gewaltig zurückgegangen ist."

"Aus Adorf wird über den Grossbetrieb Claviez berichtet: dass dort auf den Vorschlag, eine Betriebsversammlung durchzuführen, erklärt wurde: Die Arbeiter kommen ja sowieso nicht in die Versammlung und im übrigen ist die antofaschistische Betriebswoche um 14 Tage verlängert." In diesem Betrieb, wo eine Reihe kommunistischer Parteigenossen vorhanden ist, kam nicht ein einziger Parteigenosse in die Betriebsversammlung. Sogar der Instruktör erklärte, Betriebsversammlungen fallen unter den Burgfrieden, wir können dieselbe deshalb nicht durchführen."

Solche Stimmungen haben wir in den andern Bezirken ebenfalls zu verzeichnen: in den Limbacher Bezirken so z.B. bei Stelzmann kümmert sich der rote Betriebsrat durchaus nicht darum, dass den Arbeiterinnen der Lohn gekürzt wird. Ein Lohnabzug von 2 Pfennig ist für den roten Betriebsrat eine Lächerlichkeit, für die es sich nicht rentiert, einzutreten."

Hier wird also klipp und klar von massgebenden kommunistischen Stellen zugegeben, dass sich die kommunistischen Betriebsräte den Teufel um das Wohl und Wehe der Belegschaften kümmern. Aber die Arbeiterschaft durchschaut immer mehr das verräterische Spiel der KPD.

SPD. In der Presse war dieser Tage davon die Rede, dass eine Änderung des Betriebsrätegesetzes durch teilweise Aufhebung des Einspruchs gegen Kündigungen wegen unbilliger Härte bevorstehe. Von massgebender Stelle wird dazu erklärt, es handle sich nur um eine Anregung einzelner öffentlicher Körperschaften zur Erleichterung der Möglichkeit, langfristig erwerbslose Familienväter im Austausch gegen jüngere Hilfskräfte auf einige Zeit zu beschäftigen. Die Gewerkschaften hätten diesen Vorschlag einmütig abgelehnt. Damit sei die Sache erledigt.

Konjunktur und Papenplan.

SPD. In dem Streit, wie gross eigentlich die Besserungen sind, die sich während des Monats September in unserer Wirtschaft vollzogen haben, nimmt nun das Institut für Konjunkturforschung Stellung. Nach den Erklärungen des Instituts ist die Beschäftigung der Industrie im September "etwas gestiegen", die Zunahme der Beschäftigung "ist gering" und hat "nicht alle Industriezweige gleichmässig erfasst". In den kommenden Monaten wird die erfolgte Belebung "auf den Widerstand der Saisonbewegung" stossen. Das Konjunkturforschungsinstitut, das von Professor Dr. Wagemann geleitet wird, dessen besonders freundliche Stellung zu den Wirtschaftsplänen der Reichsregierung bekannt ist, führt gewisse Uebertreibungen über die Wirtschaftsbelebung im Monat September auf ein richtigeres Mass zurück. Im grossen und ganzen decken sich die Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts mit der Statistik der Gewerkschaften.

Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung auf Grund der Angaben der Gewerkschaften waren von je 100 Mitgliedern Ende August 46,3, Ende September 47,5 vollbeschäftigt. Die Zahl der Vollbeschäftigten entspricht etwa der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, weil bei der Errechnung dieser Zahl die Arbeitszeit aller beschäftigten Arbeiter nach Möglichkeit berücksichtigt wird. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hat also nach der Gewerkschaftsstatistik von Ende August bis Ende September um 2,6 v.H. zugenommen. Nach der gleichen Quelle ist die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter in derselben Zeit um 1,1 v.H. gestiegen. Die Ergebnisse der Industrieberichterstattung lauten im gleichen Sinn. Auch nach diesen Zahlen war im Monat September die Zahl der in der Industrie geleisteten Arbeitsstunden grösser als im August. Sie ist von 34,8 v.H. der Kapazität auf 35,9 v.H. gestiegen. Das bedeutet - von August aus gerechnet - eine Steigerung um 3,2 v.H. Ebenso wie die Gewerkschaftsstatistik dies andeutet, hat sich auch nach den Angaben der Industrieberichterstattung die Zahl der Beschäftigten weniger stark als die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöht; sie hat nämlich nur von 41,3 v.H. der Kapazität auf 41,8 v.H., also nur um 1,2 v.H. zugenommen.

Das klingt wesentlich anders als die Darstellung von Regierungsseite, die ohne Zweifel darauf abgestellt ist, die Position der "grundsätzlich neuen Staatsführung" bei der kommenden Reichstagswahl am 6. November zu stärken. Wir Sozialdemokraten stehen mit den Gewerkschaften auf dem Standpunkt, den jeder sozial und vernünftig denkende Mensch einnimmt und der dahin geht, dass im Interesse des Abbaus des Arbeitslosenheeres jede Besserung willkommen ist, gleichgültig, woher sie stammt. Wir wenden uns nur gegen Uebertreibungen, weil diese Uebertreibungen zu schwerwiegenden psychologischen Rückschlägen führen werden, die die Ankurbelung der Wirtschaft hemmen müssen. Wir wenden uns weiter gegen offensichtliche Fehler im Wirtschaftsplan der Reichsregierung, die die Ankurbelung der Wirtschaft gefährden. Man muss sich immer vor Augen halten, dass die gegenwärtige Regierung mit ihrem Wirtschaftsplan eine der wichtigsten Reserven in unserer Wirtschaft, die Ausweitung des Reichsbankkredits, einsetzt. Schlägt die Sache fehl, dann fehlt diese Reserve.

Dann wird die endgültige Ankurbelung bei weitem schwieriger sein. Aus diesen Ueberlegungen tut man klug, sich Gedanken darüber zu machen, wie weit der Papenplan wirklich zu der Wirtschaftsbelebung im Monat September geführt hat.

Auch damit beschäftigt sich das Konjunkturforschungsinstitut und macht ein Kompromiss. Es erklärt, es kommen für die Wirtschaftsbelebung zwei Ursachenkomplexe in Frage. Zuerst natürlich die Anregungen, die der Produktionswirtschaft von der grösseren Widerstandskraft der Rohstoffmärkte zuteil geworden sind und dann, in zweiter Linie, der Papenplan. Im Kompromiss gesteht man allerdings zu, "dass die rein konjunkturellen Kräfte", also die Wirkungen von den Rohstoffmärkten her, "ausserordentlich stark am Werk waren". Wie gesagt, es handelt sich hier um eine Kompromissformel, für die man auf einen zahlenmässigen Beleg verzichtet und wohl auch verzichten muss. Nach Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts konnte man aber schon im August, als man noch nicht an den Papenplan dachte, feststellen, "dass die Beschäftigung konjunkturell überhaupt nicht mehr zurückgehe". Wir ergänzen und sagen, dass die Besserungen im Monat September so gut wie ausschliesslich Folge der Rohstoffhausse ist und Herr von Papen hat ja in seiner Rede an die Berliner Handwerker zugegeben, dass alles auf die Konjunkturentwicklung in der Wirtschaft selbst ankomme. Der Reichskanzler hat den Plan, der seinen Namen trägt, der grossen Automatik der kapitalistischen Wirtschaft, an den Glauben, dass wir vor einer Wiederbelebung der Märkte stehen, angehängt. Das ist natürlich und verständlich. Papen hat aber noch ein übriges getan. Er hat in seinem Plan weiteren Lohnabbau verordnet. Er will im besagten Plan die Konjunkturentwicklung zu einem weiteren Abbau des Volkseinkommens und des Realeinkommens benutzen. Dadurch gefährdet er die Wiedererholung und Wiederbelebung der Wirtschaft. Er nimmt der Wirtschaft die Kaufkraft, ohne die diese nicht ihren Aufstieg nach oben nehmen kann. Da liegt überhaupt die Entscheidung, ob wir mit einem Konjunkturaufstieg rechnen können oder nicht.

Die Wahl am 6. November steht ausschliesslich unter diesem Gesichtspunkt. Die Regierung des Lohnabbaus, die Regierung von Papen muss verschwinden, um objektiven Leitern der Wirtschaftspolitik Platz zu machen und dem Konjunkturanstieg die Wege zu ebnen. Deshalb wählen wir am 6. November Liste 2 (Sozialdemokraten).

SPD. Auf den Strecken der Deutschen Luft-Hansa tritt am 1. November der Winterflugplan in Kraft, der bis Ende Februar Gültigkeit behält. Der Luftverkehr auf einer grossen Zahl wichtiger internationaler und innerdeutscher Fernstrecken wird auch im Winter aufrecht erhalten werden. In Frage kommen folgende Strecken: Berlin-Hannover-Amsterdam-London, Berlin-Hannover-Köln-Paris, Berlin-Halle/Leipzig-Nürnberg/Fürth-München, Hamburg-Hannover-Frankfurt-Stuttgart sowie die Flugverbindungen nach den Grenzmarken: Berlin-Breslau-Gleiwitz, Berlin-Stettin-Danzig-Königsberg. Schliesslich wird auch die Linie Stuttgart-Genf-Marseille-Barcelona, die in Stuttgart Anschlüsse an die Nachtschnellzüge nach und von Mittel- und Norddeutschland besitzt, den ganzen Winter über befliegen. Erstmalig wird auch im Winter die Flugverbindung zwischen Berlin und Moskau durch die Beruluft aufrechterhalten. Ebenso werden die Linien München-Venedig und Stuttgart-Freiburg zum ersten Male während der Wintermonate betrieben.

Die tägliche Flugleistung der Hansa-Flugzeuge beträgt während des Winters etwa 11 100 Kilometer, d.h. etwa 10 % mehr als im Winter 1931/32.

Trotz der Verstärkung des Flugdienstes im kommenden Winter entspricht das Streckennetz jedoch noch nicht dem Verkehrsbedürfnis.

SPD. Die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen werden sofort nach den Wahlen in Deutschland aufgenommen werden. Während man in Deutschland vollauf mit den Wahlen beschäftigt ist, widmet die gesamte schwedische Presse den deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen grösste Aufmerksamkeit. Beachtung verdient eine Artikelserie in der "Göteborger Handels- und Seefahrtszeitung", dem führenden Organ der schwedischen Grossindustrie. Der Verfasser dieser Artikelserie lehnt scharfe Gegenmassnahmen Schwedens gegen die neuen deutschen Handelsmethoden (Kontingentierungspolitik usw.) ab, fasst aber das Ergebnis seiner äusserst sachlichen Untersuchungen wie folgt zusammen:

"Die Aggressivität und Unberechenbarkeit der deutschen Aussenpolitik vor dem Weltkrieg haben Deutschlands politische Isolierung zur Folge gehabt. Betrachtet man nun von Schweden aus diejenigen Methoden, die die gegenwärtigen deutschen Machthaber auf handelspolitischem Gebiet anwenden, so drängt sich unwillkürlich eine Parallele auf. Es will nämlich scheinen, als wäre das heutige Deutschland im Zuge, eine ähnliche Isolierung zu bewerkstelligen wie vor einigen Jahrzehnten. Im Norden und Süden hat die herausfordernde Art der neusten deutschen Handelspolitik eine Stimmung der Abwehr und des Zusammenschlusses unter denjenigen hervorgerufen, die ihre legitimen Interessen bedroht wissen. Sowohl das deutsch-italienische Zerwürfnis als auch die Auffassungen, die jetzt in der Presse der Oslo-Mächte geltend gemacht worden sind, deuten darauf hin, dass es an der psychologischen Voraussetzung für eine handelspolitische Einkreisung Deutschlands nicht fehlt."

Das böse Wort von der Isolierung Deutschlands auf handelspolitischem Gebiet ist schon öfter gefallen. Wir können seine Berechtigung nicht leugnen. Wer bisher an der Möglichkeit einer solchen Isolierung gezweifelt hat, wird durch den Erfolg der englischen Industriewarenausstellung in Stockholm eines anderen belehrt. Uns liegen Nachrichten vor, wonach die englische Exportinitiative in Schweden von reichem Erfolg gekrönt worden ist.

SPD. Die Deutsche Baumwoll-A.G. in Osnabrück eine der ausschlaggebenden Baumwollkonzerne, teilte in ihrer Generalversammlung am Donnerstag mit, dass das laufende Jahr aller Voraussicht nach mit einem grösseren Produktionsvolumen abschliessen werde als das Jahr 1931. Der Konzern arbeite voll. Die Besserungen hätten sich im Anschluss an die Rohstoffhausse im August 1932 durchgesetzt. Da mit einer Stabilität der Rohstoffpreise zu rechnen sei, könne auch eine grosszügigere Lagerpolitik getrieben werden.

Der Bericht des Baumwollkonzerns beweist, wie wenig die Besserungen in unserer Wirtschaft mit dem Papenplan zu tun haben. Wenn der Reichskanzler etwas anderes behauptet, kann schmückt er sich mit fremden Federn.

SPD. Friedrich Lesche, der der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft 20 Jahre lang als Vorstandsmitglied angehört hat, ist in den Ruhestand getreten. Er hat der Volksfürsorge während dieser 20 Jahre seine volle Kraft gewidmet und hier Dienst am Proletariat getan. Neu als geschäftsführendes Vorstandsmitglied ist Emil Thiele gewählt worden, der bisher Mathematiker und Prokurist der Volksfürsorge war.

SPD. Während die "Tomatenkommission" in Kopenhagen eingetroffen ist, wo sie sich wahrscheinlich ebenfalls einen Korb holen wird, geht in Deutschland selbst der Streit über die Kontingentierungspolitik weiter. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat sich am Donnerstag abermals mit der handelspolitischen Lage beschäftigt und festgestellt, "dass die Kontingentierungsabsichten der Reichsregierung bereits schwere Verluste für die Industrie hervorgerufen hätten; schon die Ankündigung möglicher Kontingente habe zu einer bedenklichen Stockung des deutschen Exports gerade nach den wichtigsten Abnehmerländern geführt". Nur durch eine pflegliche Behandlung der aussenhandelspolitischen Beziehungen würden die bereits eingetretenen Schäden wieder gutgemacht werden können.

Dagegen jubiliert die Landwirtschaft, dass die Reichsregierung nicht daran denke, die unselige Kontingentierungspolitik aufzugeben. Man verweist darauf, dass der Reichspräsident den Reichsernährungsminister Freiherr von Braun empfangen habe. Aus diesem Empfang folgert die Landwirtschaft, dass das Reichskabinett an der Kontingentierungspolitik und an Braun festhalte.

Hunderttausende von Arbeitern werden dieses Festhalten demnächst mit Arbeitslosigkeit bezahlen. Gebt dieser Regierung am 6. November die richtige Antwort, in dem ihr Liste 2 (Sozialdemokraten) wählt.

SPD. Die Stadt Berlin hat sich entschlossen, die Gewerkschaft Röchling, deren Kuxe sich ausnahmslos im Besitz der Stadt Berlin befinden, zu einem Preis von 1,5 Millionen Mark zu verkaufen. Der Ankauf der Anteile der Gewerkschaft Röchling durch die Stadt Berlin war während des Krieges erfolgt, um der Reichshauptstadt eine Kohlenreserve zu sichern. In der Zeit hat dieser Aufkauf jeden Sinn verloren.

SPD. Nach dem Klöcknerkonzern legt jetzt ein zweiter Montankonzern, die Gutehoffnungshütte, der auch in der Nürnberger Maschinenindustrie Fuss gefasst hat, ihren Abschluss vor. Der Rohüberschuss ist grösser als im vorigen Jahr, 4,60 Millionen gegenüber 4 19 Millionen. Bei dem Kernwerk des Konzerns in Oberhausen ergaben sich Verluste in Höhe von 2,23 Millionen (im Vorjahr 2,99 Millionen). Die Abschreibungen sind von 2,63 Millionen Mark im Vorjahr auf 5,61 Millionen heraufgesetzt worden. So errechnet sich ein Verlust, der aus Rücklagen gedeckt wird, in Höhe von 4 Millionen Mark, während im vorigen Jahr ein Verlust von 800 000 Mark vorgetragen werden musste.

Berliner Milchpreise.

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 28. Oktober bis 3. November. Trinkmilch 13,85 Rpf, dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 6,5 Rpf, b) für molkereimässig bearbeitete Milch 1 75 Rpf, 2. a) Werkmilch 9 Rpf, b) tiefgekühlte Werkmilch 9,5 Rpf je Liter. Die Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 % und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Rpf je Liter gemacht. Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingentierungsordnung für die Milchlieferung ab Freitag, den 28. Oktober auf 78 % festgesetzt.

Bessere Kauflust bei rückläufigen Preisen.

(Berliner Getreidebörse vom 27. Okt.)

SPD. Am Donnerstag schwächten sich die Notierungen an der Berliner Produktenbörse, insbesondere für Weizen, wieder stark ab. Auf Basis der rückläufigen Preise machte sich jedoch stärkere Kauflust bemerkbar, sodass Abschlüsse in nennenswertem Umfange zustandekamen. Das gilt vor allem für Roggen, der auch geringere Preisverluste als Weizen zu verzeichnen hatte. Während Roggen am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Prompthandel nicht mehr als 1 Mark verlor, ging der Weizenkurs am Lieferungsmarkt um 2 Mark, am Promptmarkt sogar um 4 Mark zurück. Von der Konsumseite her erhielt der Markt keinerlei Anregungen, im Gegenteil blieb das Mehlgeschäft weiter äusserst schleppend, während sich für den Export keinerlei Kaufinteresse zeigte. Mehl war in beiden Sorten in den Forderungen der Mühlen wieder ermässigt, ohne dass sich jedoch Käufer fanden. Auch auf die laufenden Abschlüsse erfolgen die Abrufe nur in sehr ungenügendem Umfange. Auch Hafer und Gerste waren schwach veramlagt und schwer zu verkaufen. Das Angebot war ziemlich reichlich, während sich die Käufer sehr zurückhielten.

	26.10.	27.10.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	192 - 194	188 - 190
Roggen	152 - 154	151 - 153
Braugerste	17 - 181	170 - 180
Futter- und Industriergerste	163 - 170	162 - 169
Hafer	131 - 135	129 - 134
Weizenmehl	23,75 - 27,25	23,50 - 27,00
Roggenmehl	19,30 - 21,80	19,25 - 21,75
Weizenkleie	9,00 - 9,40	9,00 - 9,40
Roggenkleie	8,25 - 8,60	8,25 - 8,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 201 (Vortag 203½), Dezember 198 - 199½ Geld (201½), März 198½ - 200½ (202½), Roggen Oktober - (161), Dezember 156 - 157 (157½), März 158½ - 159¼ (159¼), Hafer Oktober 137 (140½), Dezember 133½ - 133¼ (135), März - bis 135½ (136).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 27. Okt.) A. Deutsche Eier: vollfrische gestempelte über 65 gr 13, über 60 g 12, über 53 g 11,50, über 48 g 10; frische Eier über 53 g 10,50; aussortierte kleine und Schmutzeier 7,75 - 8. B. Ausländseier: Dänen und Schweden 18er 11,25, 17er 10,75, 15½-16er 10, leichtere 8 - 8,50, Estländer 18er 10,75, 17er 10,25, 15½-16er 9,75, Rumänen, Bulgaren, Ungarn und Jugoslawen je 7,75 - 8,25; Russen normale 7,75 - 8. Polen normale 7,25 - 7,75, abweichende 7 - 7,25; kleine Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7. C. In- und ausländische Kühlhauseier: Grosse 7,50 - 7,75, normale 7. D. Kalk-eier: Grosse 7,25, normale 6,75. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 83

Berlin, den 27. Oktober 1932

Psychologie des Machttriebes.^x

SPD. Seit einigen Jahren beschäftigten sich nicht nur die Wissenschaftler mehr oder weniger intensiv mit der Psychoanalyse Sigmund Freuds, die behauptet, der Diktator des menschlichen Seelenlebens sei der Sexualtrieb, sondern auch Laien erlauben sich in immer grösser werdender Zahl ein Urteil über die Freudsche Hypothese. Auch die Presse nimmt regen Anteil an diesem Siegeszuge der Sexualtheorie, und in Gericht, Schule und Erziehungsanstalt trägt man ihr oft weitgehendst Rechnung. Viel weniger Beachtung als die Freudsche Theorie findet eine andre Anschauung, die ihre Richtigkeit im Alltag millionenfach bekundet, das ist die Theorie vom Machttrieb, vertreten durch Adler. Das Geltungsbedürfnis, der Machttrieb ist nach Adlers Ansicht der einzige Faktor, der das menschliche Denken, Wollen und Fühlen bestimmt und leitet. Obgleich diese Theorie ebenso wie die Freudsche den Mangel hat, einseitig zu sein, gibt ihr das tatsächliche Verhalten der menschlichen Gesellschaft wie auch des Einzelwesens in hohem Grade recht. Der Machttrieb, dessen schwächste Form wir in der Selbstbehauptung äussern, und dessen krankhafte Uebersteigerung im "Nazissmus", im "verliebt sein in uns selbst" besteht, zeigt in den verschiedenen Altersstufen und unter den verschiedenen Lebens- und Umweltsverhältnissen ein anderes Gesicht. Auch die Stärke des Machttriebes ist beim Einzelnen verschieden; aber als Grundregel kann man Adlers Theorie gelten lassen, die besagt: der Machttrieb in einem Menschen ist umso grösser, je mehr er seine Machtlosigkeit erkennt und darunter leidet! Diese Definition genügt, um neben machem anderen - vor allem die "Allgemeinverbindlichkeit" des Machttriebes zu beweisen, denn für jeden Einzelnen gibt es - wir denken dabei auch an die Regierungsmethoden des Kabinetts Papen - einen sogenannten wunden Punkt, der ihm seine Machtlosigkeit zum Bewusstsein bringt. Einige Beispiele aus dem Alltage der Kinderwelt mögen die graue Theorie vom Machttrieb und Geltungsbedürfnis illustrieren:

Brüllt da neulich auf der Veranda des Hinterhauses ein sechs Monate altes Jüngelchen aus Leibeskräften. Da ich des Lärmes wegen noch weniger arbeiten kann als sonst, gehe ich ans Fenster, rufe den Kleinen und klatsche in die Hände. Drüben: Ruhe! Ich höre auf mit dieser Konversation. Drüben: verstärkte Auflage des Brüllkonzerts. Nach einiger Zeit tritt drüben die junge Mutter auf die Veranda. Sobald sie, ohne etwas zu sprechen, an den Kinderwagen herankommt, schlägt die Stimme ihres Sprösslings in vergnügtes Quietschen um. Er hat erreicht, der kleine Tyrann, dass man sich mit seiner Person beschäftigt; er hat sich Geltung verschafft.

Geradezu mustergültig zeigt sich das Bedürfnis, beachtet zu werden, in folgendem Erlebnis: Das zweijährige Kind einer Bekannten fiel aus Unachtsamkeit gegen das Eisengestell einer Nähmaschine und begann, mehr aus Schreck als aus Schmerz, zu schreien und zu weinen. Die Mutter nahm, gegen ihre sonstige Gewohnheit, das Kind eine Weile auf den Schooss, streichelte und tröstete es. Am nächsten Tage beobachtet die Mutter, wie die Kleine sich vorsichtig neben der Maschine auf den Boden gleiten lässt und künstlich zu schreien anfängt. Die Mutter geht auf dieses "Arrangement" ein, nimmt das Mädchen wieder auf den Schooss, worauf sofort alle Nöte abgestellt sind!

Diesen Weg versuchte das kleine Persönchen noch öfter, um sich Beachtung zu verschaffen, allerdings ohne neuen Erfolg.

In einem Schulhort hatte ich längere Zeit Gelegenheit, einen Siebenjährigen zu beobachten, mit dem sich weder die Kinder noch die Helferinnen viel beschäftigten. Da er aber, vielleicht gerade aus dieser Nichtbeachtung heraus, ein äusserst geltungsbedürftiges Kind war, so griff er, um sich irgendwie hervorzutun, zum Mittel der Lüge und Uebertreibung. Alles, wovon man erzählte, das besass er zu Hause, oder sein Vater, Onkel oder Tante besass es. So erzählte ich den Kindern einmal von den Wolkenkratzern New Yorks, als der Kleine prompt dazwischen rief: "Mein Onkel in Neijork hat a scho emol in de Wolke kratzt".

Besonders sinnenfällig zeigt sich das Geltungsbedürfnis bei solchen Personen, die die Natur irgendwie stark vernachlässigt hat; bei den körperlich und seelisch Behinderten, bei Krüppeln, chronischen Bettnässern und Psychopathen. Die Wege, die solche bedauernswerten Geschöpfe einschlagen, um sich in ihrer jeweiligen Umgebung einiges Ansehen zu verschaffen, sind vollkommen conträr. Die einen bemühen sich, durch dauernde Freundlichkeit, Gefälligkeit, Unterordnung, ja, selbst durch ein sogenanntes Schmarotzertum sich Gunst und Beachtung zu verschaffen. Die andern leben dauernd in Opposition zu ihrer Umgebung und benehmen sich möglichst rüpelhaft, womit sie wiederum erreichen, dass man sich mit ihnen beschäftigt. Ist diese Art des "beschäftigen" auch oft für den Verursacher recht unangenehm, so hat er es doch erreicht, irgendwie eine Rolle zu spielen, und das genügt diesen Menschen vollständig.

Es ist ausserordentlich wichtig, dieses von Natur bedingte Verhalten aller irgendwie Anormalen zu verstehen, um bei ihrer Behandlung nicht weiterhin so grenzenlose Fehler und Gemeinheiten zu begehen, wie sie heute, selbst in sogenannten Erziehungseinrichtungen, immer noch vorkommen.

Den Machttrieb der Erwachsenen mit Beispielen zu belegen, würde hier zu weit führen; sonst müsste man bei Herrn Müller anfangen, dessen ganzes Geltungsbedürfnis darauf hinausgeht, endlich einmal von seiner Frau als "Herr im Hause" anerkannt zu werden, und dürfte beim grossen Adolf enden, dessen bereits krankhaft übersteigter Machttrieb, nach der Alleinherrschaft über das gesamte Deutsche Reich geht. Im Uebrigen dürfte es für jedermann eine interessante Untersuchung sein, einmal objektiv alle eigenen Handlungen, Unterredungen, Wünsche und Pläne zu beobachten und dann sachlich festzustellen, wie stark der Machttrieb, das Bedürfnis, etwas zu sein und zu gelten, ausgeprägt ist.

Erna Glatzer.

X
Auf dem Markt...

Zweimal in jeder Woche lässt Karl sich von seiner Mutter schon frühmorgens um fünf Uhr wecken, zieht sich eilig an, nimmt schnell einen Schluck Kaffee und rennt fort nach dem Marktplatz, einem grossen, umzäunten Viereck inmitten eintöniger Strassen, dessen Boden festgestampft ist von den Fusstritten ungezählter Menschen, die jeden Dienstag und Sonnabend zwischen den Budenreihen hin und her drängen, um ihre Einkäufe zu erledigen, und der Karls liebster Aufenthaltsort ist, schon von jeher.

Die ersten Fuhrwerke sind bereits da. Laufend und atemlos erreicht Karl die Einfahrt; dann jedoch, sobald er den Marktplatz betritt, geht eine eigenartige Veränderung mit ihm vor. Aus einem kleinen, schwächtigen, zehnjährigen Jungen verwandelt er sich in einen Menschen, der sich seines Wertes wohl bewusst ist, der mit Recht von den Andern verlangt, dass sie ihn und die Absicht,

ihnen seine Arbeitskraft zu verkaufen, mit der er hergekommen ist, vollkommen ernst nehmen. "Umsonst ist der Tod!", und: "Uns schenkt keiner was, also brauchen wir auch nichts umsonst zu tun", pflegt sein Vater immer zu sagen; und Karl, der überzeugt ist, dass alles stimmt, was Vater sagt, handelt danach, indem er für jede seiner kleinen Dienstleistungen ein geringes Entgelt - ob in bar oder in Waren, ist ihm einerlei - fordert. Die meisten Händler kennt Karl, ebenso sie ihn, und er kommt gut mit ihnen aus. Zu Anfang war es ja anders; da wusste er noch nicht so genau Bescheid und brachte oft gerade das Verkehrte zuerst angeschleppt, was ihm manches spöttische Gelächter und manche Fopperei eintrug. Aber er liess sich nicht entmutigen, passte auf, wie sie es machten - jetzt versteht er zuzupacken und kennt jeden Handgriff; mit der Zeit haben sich die Händler an ihn gewöhnt und bewilligen gutmütig seine bescheidenen Forderungen.

"Guten Morgen!" ruft Karl und geht zuerst zu den Pferden, um ihnen die Futtersäcke umzuhängen. Er muss sich dabei auf den Zehenspitzen hochrecken. Wenn er damit fertig ist, bleibt er einen Moment stehen und sieht den Tieren zu, deren behagliches Kauen hin und wieder durch ein Schnauben unterbrochen wird, das den Häcksel nur so emporstieben lässt.

Nun erst wendet sich Karl seiner nächsten Tätigkeit zu, die darin besteht, dass er mithilft, die langen Holzlatten für die Budengerüste nach den Standplätzen zu schleppen. Seine mageren Kinderschultern schmerzen, die harten Kanten der Hölzer drücken sich tief ein, aber er beisst die Zähne zusammen und lässt sich nichts anmerken. Sein grösster Kummer bei allem ist, dass er nur einen Teil von dem tragen kann, was die Männer sich aufladen, aber er versucht, es auszugleichen, indem er doppelt so schnell läuft wie sie.

Dann, als alles an Ort und Stelle ist, hilft er beim Aufbauen. Er hält unten fest, während die Andern oben die Latten zusammenschrauben; eins, zwei, drei, ist das Holzskelett zusammengestellt; zwei Mann packen den grossen, grossen Plan, ziehen ihn über das Gestell, und schon ist die Bude fertig, geschützt gegen Regen und Sonne. Karl legt inzwischen die Bretter für den Verkaufstisch über die Böcke; dann ist er an diesem Stande fertig und geht nach dem nächsten. Beim Heranschleppen der schweren Körbe und Kisten kann er nicht helfen; dazu ist er zu schwach; das muss er den Männern allein überlassen.

Endlich, um sieben, wenn schon die ersten Frauen mit ihren Einholetaschen kommen, sind alle Verkaufsstände errichtet, und Karl kann seinen Lohn einkassieren. Er geht von Stand zu Stand, und jeder, dem er geholfen hat, gibt ihm etwas: eine Tüte Obst, ein Stück Wurst, der Eierhändler an der Ecke 20 Pfennige... So geht es an fünf, sechs Stellen, und wenn Karl alles beisammen hat, setzt er sich bei seinem Freunde, dem dicken Obst- und Kartoffelhändler, in eine Ecke. Die Frau giesst ihm aus ihrer Thermosflasche eine Tasse Kaffee ein, drückt ihm eine Semmel in die Hand und sagt: "So, Junge, nun frühstücke erst mal ein bisschen!"

Die Semmel und den heissen Kaffee im Magen, überkommt Karl eine wohlige Müdigkeit. Heute hat er eine Tüte mit Äpfeln dabei; er sucht den schönsten heraus und beisst behaglich hinein. Während er kaut, hört er die Uhr vom nahen Rathaus schlagen. Es ist viertel acht. Karl hat also noch eine ganze Weile Zeit, denn um acht muss er erst in der Schule sein.

Die Zahl der Frauen in den engen Gängen zwischen den Budenreihen nimmt zu. Der dicke Händler kassiert das erste Geld. Karl denkt: Gleich wird er draufspucken und sagen: "Handgeld!" - da tut er's auch schon. Aus den Körben, zwischen denen Karl hockt, steigt süsser, reifer Geruch von Birnen und Äpfeln; rot leuchten die Tomaten, gelb die Bananen; um eine aufgeschnittene Ananas summen aufgeregte Wespen...

Und nun kommt für Karl der schönste Augenblick des ganzen Tages: er gerät ins Träumen. Alles, was der Lehrer in der Geographiestunde - Geographie ist Karls liebstes Unterrichtsfach - erzählt hat, wird wieder lebendig. Von

fremden Ländern, von denen der Lehrer sprach, träumt er; fernen, märchenhaften Ländern, aus denen die Früchte stammen, die hier, auf dem Wochenmarkt, unter einem grauen, unfreundlichen Himmel verkauft werden. Bilder voll ungetrübter Schönheit zaubert seine Phantasie ihm vor, exotische Landschaften mit Urwäldern, Strömen, Bergen, bevölkert mit farbigen, sorglosen Menschen... Für einen Augenblick kommt ihm ein Buch ins Gedächtnis; zu seinem letzten Geburtstage hat er es geschenkt bekommen. Es heisst "Onkel Toms Hütte" und handelt davon, wie ein weisser Plantagenbesitzer seine schwarzen Skaven quält - aber Karl ist noch zu klein, um das richtig zu verstehen; er schiebt schnell den Gedanken, der ein unbehagliches Gefühl erweckt, beiseite, und gibt sich wieder ganz seinem schönen, bunten Traumbilde hin. Er ist fest entschlossen, später, wenn er erst gross ist und Geld verdient, zu reisen, um alle die fremden Länder kennen zu lernen; und er wird auch nicht wieder den Mut verlieren und heimlich im Bette weinen, wie neulich, als er dem Vater von seinen Absichten erzählt und der ihm geantwortet hatte: "Reisen - na, du wirst zu friedlich sein, wenn du Arbeit hast und hier genug zu essen. Und übrigens -: Meinst du, wo anders wär's besser als bei uns?" -

Die Uhr schlägt wieder und reisst alle Träume und Gedanken wie einen Schleier entzwei. Es ist dreiviertel acht, Karl steht hastig auf, klemmt seine Tüten unter den Arm, ruft: "Auf Wiedersehen!" und läuft eilig davon, damit er nicht wieder zu spät zur Schule kommt, wie das letzte Mal. -

Walter Schirmeier.

Der Helm.^x

SPD. Mein Junge kam kürzlich zu mir. Zehn Jahre ist der Bursche alt. "Du, Vater, mach' mir doch einen Helm!"

"Einen Helm? Ja, Junge, wozu denn?"

"Zum Krieg spielen, Vater."

"So..., zum Krieg spielen..."

Ganz gelassen konnte ich das sagen, so gelassen, dass mein Junge nicht merkte, welch einen Sturm der Gefühle, wieviel Schmerz und Hass er mit seinen Worten in mir aufgewühlt hatte, da ich den Krieg als im höchsten Grade unmoralisch und verbrecherisch verabscheue. - Mein Junge beim Kriegsspiel! Nein, das durfte nicht sein. Das musste unter allen Umständen verhindert werden. Das war ich nicht nur meiner Ueberzeugung, sondern auch meiner grossen Verantwortung als Erzieher schuldig. Aber wie? Durch einfaches Ablehnen seiner Bitte? Nein! Denn dann lässt er sich eben hinter meinem Rücken den Helm von jemand anderem machen. - Durch ein Verbot, am Kriegsspiel mit seinen Schulkameraden teilzunehmen? Auch das würde nicht zum Ziele führen. Er würde heimlich umso eifriger mitmachen.

Blitzschnell gingen mir alle diese Ueberlegungen durch den Sinn. Und schon hatte ich auch die Lösung. Hier konnte nur Aufklärung, nackte, brutale Wahrheit helfen. Aufstehend sagte ich zu meinem Sprössling, der immer noch auf die Gewährung seiner Bitte wartend vor mir stand: "Gut, du sollst deinen Helm zum Kriegsspielen haben, aber - erst morgen. Das heisst, wenn du dann noch Verlangen danach hast. Damit dir jedoch die Wartezeit nicht zu lang wird, will ich dir etwas zum Lesen geben." Und ich reichte ihm ein Büchlein "Nie wieder Krieg!", das ich während dieser Worte aus meinen Büchern hervorgegriffen hatte. Als eifrige Leseratte griff der Bursche auch gleich begierig nach dem dünnen Heftchen und vertiefte sich in dessen Inhalt...

Am nächsten Morgen.

"Wilhelm!"

"Ja, Vater."

"Nun, wie ist das jetzt mit dem Helm? Willst du einen haben?"

"Nein, Vater! Nein, nein!!" Und ganz plötzlich brach der Bursche in fassungsloses Weinen aus.

"Ja, was ist dir denn, mein Junge?" fragte ich ihn bestürzt und wusste im gleichen Augenblick auch schon die Antwort, die er mir geben würde.

"Das Buch, Vater! Und die Bilder darin! Wieschrecklich! Wie scheusslich! War das wirklich so? Hat man wirklich die Menschen so zugerichtet im Kriege?"

Ernst nickte ich, in tiefster Seele ergriffen von den erschütterten Fragen dieses zehnjährigen Knaben.

"Dann, Vater, will ich keinen Helm. Und ich mag auch nie wieder Krieg spielen. Ich müsste ja dabei immer nur an die armen Soldaten denken, die als Krüppel, ohne Arme, ohne Beine oder mit grauenhaft zerfetzten Gesichtern in irgendeinem Winkel hocken und sicher ihr Leben und den unseligen Krieg verfluchen... Ich bin so froh", setzte er unvermittelt hinzu.

"Worüber denn, worüber bist du froh, Wilhelm?"

"Dass du mir das Büchlein gegeben hast, Vater. Denn wenn mich meine Schulkameraden nun fragen, warum ich beim Kriegsspiel nicht mitmache, dann kann ich ihnen sagen: nicht, weil ich feige bin, sondern weil ich weiss, dass ein Krieg etwas Scheussliches und Verdammenswertes ist, und dass man so etwas nicht spielt."

Ich fuhr meinem Jungen in tiefer Rührung liebkosend über den blonden Scheitel....

Und am Abend bekam er von mir den Steinbaukasten, den er sich schon lange sehnlichst gewünscht hatte. "Vater!!" jubelte er. In seiner Stimme lag Dank und Verstehen zugleich.

Geo Steeg.

Die Vase.^x

SPD. Die Vase ist ein nicht sehr hohes, ziemlich schlankes Glas, das sich nach oben hin verjüngt und in einem netten, rotbraunen Ton schimmert. Dem unteren Teile des Gefässes hat sein Schöpfer einen grünen, sumpfigen Ton beigement, der sacht und unmerklich in einer leisen Abtönung in jenes Rotbraun übergeht. So sieht der Boden meiner Vase aus, als seien dort allerlei feine kleine Schlinggewächse, grüne verwesende Pflanzen und eine Menge jener ganz winzigen Tiere, die man zuweilen unterm Mikroskop bewundern darf. Das helle klare Wasser, das ich eingiesse, wird dort unten trübe und dick, und die hohen Stengel der Blumen scheinen im schwammigen Grunde festgewachsen zu sein.

Besonders schön ist die Vase, wenn das Sonnenlicht darauf fällt. Dann beginnen die prismatischen Flächen das Licht zu brechen, und es erscheint da und dort ein Funke goldigen Lichts; wie kleine leuchtende Wasserkäfer sieht das aus. Nun muss ich noch erwähnen, dass die scharfen Ränder der Flächen nach oben zu gekerbt sind; feine kleine Einschnitte laufen durch die schnurgeraden Linien, die so der Vase nicht das langweilige Gesicht einer Röhre geben. Sicherlich ist mir auch darum die Vase lieb, weil sie so trotzig und selbstbewusste Linien hat und scharfe Kanten wie das durchfaltete Gesicht eines Menschen, der seine eigenen Gedanken denkt. Das merkwürdige Spiel des Lichts aber macht aus den kleinen Einschnitten der Ränder zarte Luftbläschen, die am Rande in gleichen Abständen aneinandergereiht sind und wie eine Schnur mattglänzender Perlen herunterhängen.

Indessen hat es mit der Schönheit dieses Glases noch eine andere Bewandnis, die mir weit wichtiger und lieber ist als die roten Lichter und das dämmerige Sumpfgrün und die feinen Perlenketten. In diese Vase stelle ich

täglich die Blumen und die kleinen Sträusse, die mir meine Kinder aufs Pult legen oder auch vor der Tür des Schulzimmers hinreichen. Es ist immer ein Augenblick eines feinen, durchsichtigen Erlebnisses, wenn ich so ein paar Blumen geschenkt bekomme, und als ein schöner und herzlicher Auftakt zu den kommenden Stunden besonders wertvoll. Denn das Schöne ist die Art, wie Kinder schenken. Es liegt darin so viel Unbewusstes und viel Offenbarung ihrer kleinen dankbaren und erfreuenden Seele. Und es ist auch dabei eine solche persönliche Vielfältigkeit in den Gesten des Ueberreichens. Eigentlich hat jedes Kind dabei seine besondere Melodie, die gar recht verschieden klingt nach Temperament und Charakter. Es gibt Kinder, die ungestüm herausspringen und ihre Hände mit dem Strauss weit vor sich herstrecken. Andre wieder kommen fast verlegen und schüchtern und schauen mich nur mit ihren grossen Kinderaugen an. Manche stehen wartend vor dem Pult, bis ich komme, geben ihren Strauss ab, marschieren dann stolz an ihren Platz und lachen dabei vergnügt die Klasse an. Noch andre scheinen der Meinung zu sein, dass ich den Strauss bei ihnen abholen muss, und rufen, kaum ist man im Zimmer: "Herr Lehrer, ich hab' einen Strauss!"

Aber von einem Kinde muss ich noch erzählen, weil es eine ganz persönliche und nicht abzugewöhnende, scheue Art hat, die Blumen - nicht zu überreichen. Es legt nämlich den Strauss vor sich auf die Bank und wartet nun mit seinen grossen blauen Augen und hat für nichts Interesse als für den kurzen Augenblick, wo ich die Blumen erblicke und frage, ob sie mir gehören sollen. Darauf nickt es eifrig und erfreut. Dann muss ich die schönen Blumen bewundern, daran riechen und sie ins Wasserglas stellen. Ich muss; denn wenn ich das alles nicht mache, dann ist das kleine Mariele betrübt und passt nicht recht auf.

Am Abend aber, wenn ich mir überlege, was morgen alles zu tun ist, da stehen diese Blumen in der schlanken Vase vor mir und schauen mich, die Bücher und Hefte an, leuchtend wie aus grossen Kinderaugen...

Rolf Gustav Haebler.

Die weinerlichen Schulkinder.^x

SPD. In der kleinen Gemeinde Lenti im siebenbürgischen Distrikt Salai führen die Schulkinder trotz oder vielmehr gerade wegen der Armut des Dorfes ein gar fideles Leben. Da die Gemeinde nur einen Brunnen hat, der ebenso wenig wie schlechtes Wasser liefert und bei der grossen Hitze, die Rumänien gewöhnlich bis in den Spätherbst hinein zu verzeichnen hat, oft genug ganz austrocknet, muss die Bevölkerung das Trinkwasser aus der ziemlich entfernt liegenden Nachbargemeinde Mohonsa holen. Aber auch diesem Wasser trauen die meisten Lentiner Bauern nicht, da es Kropfbildung verursachen soll. Was tun sie nun? - Sie benutzen ihren ohnehin schwer verkäuflichen Wein zum Löschen ihres Durstes.

Doch nicht nur die Erwachsenen, sondern auch die Kinder trinken statt Wasser Wein. Bevor sie zur Schule gehen, steigen sie in den Keller hinab und füllen das tönernerne Trinkkrüglein mit dem feurigen Traubensaft bis zum Halse. Und beinahe jedes Kind dieser mit wenig Wasser und viel Wein gesegneten Gemeinde hat in der Bank neben seinem ABC-Buch das Weinkrüglein stehen, aus dem es während der Pause oder des Unterrichtes, wenn es Durst bekommt, einen gründlichen Schluck nimmt. Was Wunder also, dass es in dem kleinen Schulhause überaus lustig und laut hergehen soll. Die beiden jungen Lehrer, die dort ihres Amtes walten, sollen auch keine Antialkoholiker sein...

Diese Kinder werden später einmal, wenn sie Grossväter und Grossmütter geworden sind, ihren Enkeln die fast unglaubliche Geschichte erzählen können,

dass es eine Zeit gegeben hat, in der das Wasser sehr knapp und die Absatzmöglichkeiten für Wein gering waren, sodass sich ihre Eltern gezwungen sahen, ihnen noch als Kindern Wein statt Wasser zum Trinken zu geben. Ob die Kinder es dann ihren Grosseltern glauben werden, ist fraglich. Nicht ausgeschlossen aber ist es, dass die Erziehungserfolge bei diesen Kindern, denen Weisheit mit Wein vermengt beigebracht wird, ganz eigener Art sein werden. In späteren Jahren wird man darüber wahrscheinlich in den Gerichtssalchroniken und den Krankengeschichten der Spitäler allerlei nachlesen können...

Den Enkelkindern.^X

Hier das Mädel, dort das Bübchen,
Blanke Augen, Seidenhärchen,
Runde Gliederlein voll Grübchen.

Kinder sind ein Frühlingsmärchen,
Und es zwitschern meine Kleinen
Wie im Nest ein Schwalbenpärchen.

Wenn sie lächeln, etwas weinen,
Ist es gleich dem Mairenregen,
Dem die Sonnenstrahlen scheinen.

Recken Aermchen mir entgegen,
Betteln süss mit Stammellaute - -
Liebster, holder Morgensegen,
Den mein Abend sinkend schaute.

Henni Lehmann.

SPD. Unerwünschter Erfolg.^X Der französische Schauspieler Lemereier hatte seinen Kindern das Beifallsklatschen beigebracht und gedachte sich damit eine billige Claque zu schaffen. Er nahm die Kinder mit ins Theater, als er den Othelli spielte. Nach dem ersten Akt ertönte lebhafter Beifall aus einer Loge. Und vier Kinderstimmen riefen begeistert: "Bravo, Papa!"

SPD. Eine grosse Familie.^X Der Vater besuchte seine Tochter in der Mädchenpension. Die Pensionsvorsteherin sagt: "Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer grossen Familie."

"Grosse Familie?" stammelt der Vater.

"Gewiss, Ihre Tochter ist allein von neun verschiedenen Brüdern und von sechzehn Vettern zum Spaziergehen abgeholt worden."

SPD. Märchenromantik und neue Sachlichkeit.^X Die Lehrerin einer mecklenburschen Volksschule erzählte ihrer Klasse das Märchen von Dornröschen, und wie im ganzen Schlosse sich keine Hand mehr regte. "Aha", rief da ein kleiner Junge, "die hatten sicher auch Wirtschaftskrise."
